KAIS. WILH.-BIBL. POSEN
8. NOV. 1910

— Neunzehnter Jahrgang. —

Nr. 44.

Gesamtüberblick über die polnische Tagesliteratur

für die Zeit vom 28. Oktober bis 3. November 1910.

Posen, den 8. November 1910.

Aus den Blättern der Provinz Posen.

Aus Nr. 248 des Orędownik (Posen) vom 28. Oktober 1910:

An die polnischen Wähler des Wahlkreises Kosten—Schmiegel—Grätz—Neutomischel.

Infolge des Todes des seligen Dr. Witold v. Skarzynski ist das Abgeordnetenmandat für den deutschen Reichstag aus dem Wahlkreise Kosten-Schmiegel-Grätz-Neutomischel frei geworden. Die Ergänzungswahl findet am 4. November d. J. statt.

Auf Grund des § 9 des Wahlregulativs hat das unterzeichnete Komitee nebst den Kreisdelegierten des erwähnten Wahlkreises zum Abgeordnetenkandidaten den Herrn Franz v. Morawski aus Posen ernannt.

Indem wir diesen Beschluß zur Kenntnis der Wähler des Wahlkreises Kosten-Schmiegel-Grätz-Neutomischel bringen, fordern wir unsere Wahlbehörden dringend auf, sich mit der Wahlagitation eifrig zu befassen; die Wähler aber bitten wir heiß, den Wahlbehörden bei der Agitationsarbeit bereitwillig beizustehen und am 4. November d. J. alle ohne Ausnahme ihre Stimmen auf unsern Kandidaten Herrn Franz v. Morawski aus Posen abzugeben.

Die Wahlzettel werden lauten:

Franciszek Morawski,
Poznań — Posen, Luisenstr. 19.

Posen den 26. Oktober 1910.

Das Provinzial-Wahlkomitee für das Großherzogtum Posen.
(Unterschriften.)

Aus Nr. 248 des Dziennik Poznański (Posen) vom 28. Oktober 1910:

Eine erfreuliche Erscheinung.

Vor einem halben Jahre hat sich in Posen unter Hohnrufen der Deutschen beim Klange von Triumphhymnen der ganzen hakatistischen Presse eine Sezessionstragödie abgespielt. In der Hauptstadt und im Herzen Großpolens kämpften verbissen und leidenschaftlich Polen gegen Polen. Brüder gingen auf Brüder los, und die wilden Szenen der Wahlzügellosigkeit in der Umgegend der Stadt überstiegen sogar die Hoffnungen unserer Gegner.

Mit welcher Freude, mit welchem liebevollen Eingehen auf die Einzelheiten haben damals die germanischen Zeitungen jene stürmische Agitation, jene Versammlungen voller Getöse, Lärm, Flüche und Haß, jene gegen unsere Wahlbehörden geschleuderten Drohungen beschrieben. Von Zeitung zu Zeitung, von einem deutschen Munde zum anderen ging damals die Neuigkeit, daß die Polen sich endlich entzweit hätten, und das Posener Tageblatt, welches vor außergewöhnlicher Freude schon die Geistesgegenwart verlor, kündete sogar die Möglichkeit eines deutschen Sieges in Posen an. Und lange noch nach den Wahlen vermochten die Hakatisten sich nicht zu beruhigen. Unausgesetzt kamen sie auf das angenehme Thema zurück und das Hauptorgan des Verbandes von den drei Buchstaben kündigte prophetisch an, die dem Polentum, durch die Sezession zugefügten Wunden würden nicht so bald heilen, sondern auch in Zukunft bluten.

Daraus zog es den Schluß und es erließ die die Aufforderung, daß im Gegensatz zu den Polen die Ostmarkdeutschen unter sich Einmütigkeit, Ordnung und Zucht stärken sollten, um die schon zerschlagenen, terrorisierten und durch die unerhörte Wahlagitation demoralisierten Polen zu besiegen.

Heute nach Ablauf von kaum einigen Monaten erteilt die polnische Volksgemeinschaft auf jene hakatistischen Prophezeiungen eine würdige Antwort. Die gestrige Versammlung des Provinzialkomitees hat unter schließlicher und offizieller Festsetzung der Kandidatur des Herrn Franz v. Morawski eine der einträchtigsten und schönsten Vorwahlaktionen, welche die Wahlgeschichte unseres Gebietsteils zu verzeichnen hat, sanktioniert. Eintracht herrschte unter den einflußreichsten Organen der Presse, Eintracht unter allen einflußreichen Faktoren in den Kreisen, Eintracht in den Versammlungen der Komitees und der Wähler. Der große, politisch sehr aufgeklärte und seit jeher durch politisches Temperament nach verschiedenen Richtungen hin sich auszeichnende Wahlkreis hat ein Beispiel der Verständigung, gegenseitigen und allgemeinen guten Willens gegeben, wie es in der Tat nötig war nach den traurigen Vorgängen im Posener Wahlkreise. Es ist eine bewußte und gar nicht zufällige, im Gegenteil wohl und sorgfältig bedachte und vorbereitete, auch gewissenhaft gewahrte Eintracht eingetreten. In diesem Wahlkreise haben die gemäßigten Faktoren das Übergewicht. Selbst wenn der gute Wille nicht allgemein gewesen, wenn ein Teil der Presse hätte aufreizen und wenn Agitatoren hätten hetzen wollen, selbst dann wäre der konservative Sieg bestimmt möglich gewesen. Aber Zwietracht, Szenen und Ärgernis wären die Folgeerscheinungen gewesen, und sie hätten einen bösen Gärstoff, den Samen der Entzweiung gestreut, welcher auch auf andere Wahlkreise würde eingewirkt haben. Bei solcher allgemeinen Entzweiung

im ganzen Lande ist es gleichgültig, welche Seite Sieger bliebe.

Die Einen meinen, die Gemäßigten würden überall erwachen und dennoch in dem überwiegenden Teile der Wahlkreise siegen. Andere sind der Ansicht, daß im Gegenteil die Konservativen zurückgehen würden und die extreme Linke Triumphe feiern würde. Wir wollen diese Frage nicht vorweg beurteilen, und es ist überhaupt schwer, vor der brudermörderischen Probe eines solchen allgemeinen Krieges die Sache zu bestimmen und zu beurteilen. Das, um was es sich uns handelt und worum auch die verständigen Faktoren der Linken bekümmert sind, ist, daß es zu einem solchen Kriege, zu einer solchen Probe überhaupt nicht kommen möchte, daß die Sachen, wo es irgend möglich ist, auf dem Wege des Kompromisses und des verständigen Vergleichs ihre Erledigung finden möchten. Nicht immer ist das möglich, das geben wir zu; wir glauben aber fest, daß es, je mehr das Bewußtsein und das Gefühl der Verantwortung unter den politischen Faktoren in der Provinz wachsen und je mehr es das Charaktermal eines gebildeten Menschen sein wird, außer den Sorgen um das egoistische eigene Wohl auch Sorgen um das öffentliche Wohl zu tragen, desto weniger Apathie unter den Leuten geben wird, deren Fähigkeiten und Einflüsse sich furchtsam zurückziehen vor jeder Schwierigkeit, vor jeder ständigen und konsequenten Arbeit auf öffentlichem Gebiet, einer Arbeit, die um so leichter ist, je öfter Eintracht und Verständigung zu verzeichnen sind. Manchmal findet ein Agitator, ein Hetzer nur deshalb Beifall und Erfolg, weil er auf freies, unbestelltes Feld übergeht, auf welchem niemand sich Mühe gegeben hat, gesundes und ehrliches Samenkorn auszustreuen. Und dann hat dieser Hetzer eine reichliche Ernte, die klugen, maßvollen Leute sowohl auf der Rechten, als auch auf der Linken aber sind beiseite geschoben, und sie sehen mit fruchtlosem Entsetzen dem zu, was geschieht.

Die Angelegenheit der Wahl im Wahlkreise Kosten-Schmiegel-Grätz-Neutomischel bildet einen guten und vorzüglichen Präzedenzfall. Es haben dazu redlich beide Seiten beigetragen, denn auch die Linke hat, was wir gern hervorheben, in ihren Reihen Zucht zu bewahren und das Kompromiß treu zu halten gewußt.

Aus Nr. 248 des Kurjer Poznański (Posen) vom 28. Oktober 1910:

Das Mandat von Schrimm—Schroda—Wreschen.

Für den Wahlkreis Kosten—Grätz—Schmiegel—Neutomischel hat das Provinzialkomitee bekanntlich in seiner mit den vier Wahlkreisdelegierten abgehaltenen Sitzung Herrn Franz v. Morawski als Kandidaten bestimmt.

Damit ist die Angelegenheit der Kandidatur endgültig erledigt worden, keineswegs aber noch nicht die Angelegenheit der Wahl. Je mehr die Hauptwählerversammlungen im allgemeinen einen phlegmatischen Charakter hatten, desto mehr gilt es jetzt, dafür zu sorgen, daß mittelst einer rührigen Agitation die Volksmassen an die Wahlurne gerufen werden. Bei den Stichwahlen haben wir in sicheren Wahlkreisen schon manchmal die Sache nicht hinlänglich im Auge behalten. Und es handelt sich doch nicht nur darum, dabei unsere nationale Stärke kundzutun. Wir hoffen, daß die betreffenden Kreiskomitees ihre Pflicht voll und ganz erfüllen werden.

Nunmehr müssen wir auf den Wahlkreis Schrimm—Schroda—Wreschen übergehen. Vor zehn und einigen Tagen haben wir auf die Person des Herrn Adalbert v. Trampczynski aufmerksam gemacht, mit dem Vorbehalt, daß wir das im eigenen Namen und auf eigene Verantwortung, nicht aber im Auftrage des demokratisch-nationalen Vereins täten. Falls die Organisation sich für eine andere Kandidatur entscheiden sollte, so würden wir sie im Namen der Organisationsdisziplin selbstverständlich unterstützen. Indes hat der Hauptrat des demokratisch-nationalen Vereins in seiner gestrigen Sitzung nach einer einschlägigen Diskussion sich in der Abstimmung einmütig für die Kandidatur des Herrn v. Trampczynski entschieden. Die eigentliche Entscheidung steht natürlich den Wählern zu. Soweit wir jedoch unterrichtet sind, erfährt die Kandidatur des Herrn v. Trampczynski sowohl in den leitenden Kreisen, als auch in den breiteren Schichten der Wählerschaft eine wohlwollende Aufnahme. Es ist somit Hoffnung vorhanden, daß die Durchführung der Kandidatur des Herrn v. T. auf keine Schwierigkeiten stoßen wird.

Das sollte jedoch keineswegs ein passives Verhalten der demokratisch-völkischen Elemente des Wahlkreises veranlassen. Der Wahlkreis Schrimm—Schroda—Wreschen gehört zu den sichersten der demokratischen Wahlkreise. Das dürfen die demokratischen Faktoren keinen Augenblick vergessen. Sie dürfen sich nicht allein nicht zurückziehen, sondern sie haben die politische Pflicht, vorzugehen, die Rahmen der demokratischen Bewegung zu verbreitern und in den Kreisen der Wähler die aufrichtig demokratischen Überzeugungen zu vertiefen. Das kann auch dann geschehen, wenn bezüglich des eigentlichen Kandidaten im Wahlkreise keine großen Meinungsverschiedenheiten herrschen. Schon einmal haben wir betont, daß es von uns und von unserer politischen Ausbildung schlecht zeugen würde, wüßten wir Leben und Kraft nur im scharfen Kampfe zu zeigen. Gerade eine ernste politische Bewegung sollte ihre Bedeutung und Energie auch dann an den Tag legen, wenn die Wahlaktion sich auf friedlicher Grundlage abspielt. Die demokratischen Elemente müssen, wo die Notwendigkeit es erheischt, im Kampfe zu siegen wissen, wie das neuerdings in Schwersenz der Fall war, nicht minder müssen sie aber friedlich zu siegen verstehen.

Nach einem solchen friedlichen Siege haben wir im Wahlkreise Schrimm—Schroda—Wreschen zu streben. Wir geben der Hoffnung Ausdruck, daß die demokratischen Elemente sich im Wahlkreise rühren werden, daß ein recht reger Meinungsaustausch, ein Konzentrieren der Kräfte und ein einträchtiges, ernstes und entschiedenes Auftreten nach außen hin folgen werden. Die demokratische Bewegung hat in diesem Wahlkreise durchaus ihre politische Kraft zu betätigen.

Das wird von Bedeutung sein, nicht nur für die Wähler, sondern auch mit Bezug auf den Kandidaten. Herr v. Trampczynski gehört nicht zu dem organisierten demokratischen Lager, aber in seinen Anschauungen stimmt er mit den demokratischen Elementen in vielen Punkten überein. Unter diesen Verhältnissen ist es nicht gleichgültig, daß die Kandidatur des Herrn v. Trampczynski schon vor zwei Jahren bei der Reichstags-Ergänzungswahl im Wahlkreise Schrimm—Schroda von den Demokraten in den Vordergrund gerückt wurde, und daß ebenso gegenwärtig die demokratischen Faktoren sie vorgeschlagen und zuerst offen zu ihren Gunsten sich engagiert haben.

Wir meinen schließlich, daß die demokratischen Elemente im Wahlkreise Schrimm—Schroda—Wreschen das Recht und die Pflicht haben, dafür zu sorgen, daß die zweite und dritte Stelle auf den Kandidatenlisten mit entschieden demokratischen Kandidaturen besetzt werden. Wir machen bezüglich der Personen keine konkreten Vorschläge. Das ist Sache der betreffenden

Faktoren im Wahlkreise. Es handelt sich uns nur um die Hervorhebung des Grundsatzes, um die politische Haltung der demokratischen Elemente.

Aus Nr. 250 des Kurjer Poznański (Posen) vom 30. Oktober 1910:

Betrifft den Rechtsanwalt und Notar von Trampczynski.

Der Dziennik Bydgoski wirft bei Besprechung der Kandidatur des Herrn von Trampczynski diesem vor, daß der Bazar zum Kaiserbesuch habe illuminiert werden sollen. Indes ist es öffentliches Geheimnis, daß Herr von Trampczynski, der sich damals im Auslande befand, auf telegraphischem Wege der Absicht, den Bazar zu illuminieren, entgegen gewirkt hat. Der vom Dziennik Bydg. erhobene Vorwurf, daß unsere Abgeordneten-Fraktionen dank den Posener Demokraten allmählich konservativ würden, wird die Mitglieder des demokratisch-nationalen Vereins und des Hauptrats desselben wohl nicht allzusehr schmerzen. Zunächst betrachtet sich Herr von Trampczynski selbst nicht für einen Konservativen, und er wird auch von anderen nicht für einen solchen gehalten, zweitens aber haben sich im Hauptrat des demokratisch-nationalen Vereins für die Kandidatur Trampczynski vor allem die Vertreter des Wahlkreises Schrimm—Schroda—Wreschen ausgesprochen.

Aus Nr. 251 des Dziennik Poznański (Posen) vom 1. November 1910:

Versammlung der Mitglieder des Nationalbundes.

Gestern fand die erste Hauptversammlung der Mitglieder des Nationalbundes statt. Es nahmen daran nur diejenigen teil, welche sich legitimieren konnten. Die Versammlung eröffnete der Vorsitzende des Rats des Nationalbundes Graf Adam Zoltowski-Jarogniewice, der auch die Leitung übernahm.

Nach Konstituierung des Bureaus erteilte der Vorsitzende das Wort Herrn Valerian von Lebinski, welcher als Schriftführer des Nationalbundes über die bisherige Tätigkeit des Vorstandes referierte. Wir bringen den Bericht besonders.

Auf dem folgenden Punkte der Tagesordnung stand die Ergänzungswahl zum Rat des Bundes. Man wählte die Herren Kas. v. Lipski-Gorzno, Wieslaw v. Tucholka-Marcinkowo dolne, Wlad. v. Szaniecki-Laszczyn und Leo Graf Zoltowski-Niechanowo.

Über die Gründung eines Organs des Nationalbundes und das Programm dieses Blattes referierte Herr Rechtsanwalt Jarogniew v. Drwenski aus Posen, indem er bekannt gab, daß dieses Organ unter dem Titel Przegląd Wielkopolski (Großpolnische Rundschau) von Neujahr ab erscheinen werde. Die Prospektnummer wird im November erscheinen. — Die Existenz des Organs ist gesichert. Die Subskriptionsliste sichert schon ein entsprechendes Kapital. An der Zeichnung haben viele hervorragende Mitglieder unserer Volksgemeinschaft teilgenommen, und weitere Erklärungen laufen noch ein.

Über das Programm des Blattes äußert sich Herr v. Drwenski ziemlich breit. Der Przeglond soll die politischen Anschauungen des Nationalbundes widerspiegeln. Zunächst erläuterte Redner die allgemeinen Grundsätze, von denen sich der Nationalbund leiten zu lassen beabsichtigt. Dann erörterte er die Leitgedanken, welche bei der inneren und äußeren Arbeit maßgebend sein sollen.

Der Nationalbund hält es für seine vornehmste Aufgabe, die Kultur unserer Volksgemeinschaft zu heben. Die Mittel zur Erreichung dieses Zieles müssen auf streng christliche Grundsätze gestützt sein. Im Kampfe einer Nation mit der anderen entscheidet nicht die physische Kraft, wie im Kampfe gegen die Regierung, sondern einzig die Kultur. Die Nation wird schließlich den Sieg davontragen, welche die meiste tatsächliche christliche Kultur besitzt.

Die Rede des Herrn v. Drwenski wurde mit lautem Beifall aufgenommen. In der Diskussion nahmen das Wort die Herren Pawlikowski aus Posen, Kammerherr v. Jackowski-Wronczyn und Habel-Posen. Herr v. Jackowski hebt hervor, viele meinten, der Nationalbund sei ein Bund der Konservativen. Diese Auffassung müsse berichtigt werden. Dem Bunde gehörten Anhänger verschiedener politischer Anschauungen an, und der Konservatismus zeige sich nur darin, daß sie ihre polnisch-katholischen Ideale und Traditionen konservierten.

Herr Habel — Mitglied der Volkspartei — hebt bei dieser Gelegenheit die Frage des von vielen Seiten her vorgeschlagenen Nationalrats hervor, welcher als besonderer Organismus in unseren verschiedenen Angelegenheiten die Initiative zu bieten hätte. Wenn ein solcher Nationalrat, über den in letzter Zeit viel geschrieben worden sei, tatsächlich zustande kommen sollte, so sollte in diesem Nationalrat auch die Volkspartei entsprechend vertreten sein. Die Einrichtung eines Nationalrats hält Herr Habel gleichfalls für dringend nötig; es sollten ihm aber Vertreter aller Parteien angehören, nicht nur die Konservativen und Nationaldemokraten.

Herr v. Plucinski-Swadzim ließ sich über guten Konservatismus aus. Der Nationalbund sollte ihm nicht entsagen, soweit er gut und entsprechend sei.

Herr Miklaszewski-Posen unterstützte unter Anknüpfung an das Programm des Blattes und an die Tätigkeit des Nationalbundes die Ansicht, das vorgeschlagene Organ sei unerläßlich. Er empfehle dabei, daß der Leitgedanke in der Tätigkeit nicht nur die Rücksichtnahme auf die Gegner, sondern auch die Wahrung der eigenen Würde sein solle. In der Rücksichtnahme auf andere Personen dürfe man nicht zu weit gehen.

Die Versammlung beschließt einmütig, ein Organ gemäß dem Vorschlag des Vorstandes und des Rats herauszugeben.

Weiter stand auf der Tagesordnung ein Referat über den Standpunkt des Nationalbundes gegenüber dem Zentral-Wahlkomitee. Da der Referent Herr Dr. Szuldrzynski-Bolechowo wegen Krankheit in der Versammlung nicht hatte erscheinen können, vertrat ihn Herr Leo v. Plucinski-Swadzim. Er machte auf den bekannten Aufruf aufmerksam, welchen das Zentralkomitee erlassen hat, und schlug folgende Resolution vor:

Die vom Zentral-Wahlkomitee unternommene Aktion zur Schaffung einer Instanz, welche das Recht hätte, sich für die Repräsentation der ganzen polnischen Allgemeinheit zu halten, erachten wir für nötig. Das polnische Zentral-Wahlkomitee sollte in öffentlichen Angelegenheiten, sogar wenn sie nicht Wahlen betreffen, das Recht und die Pflicht der Initiative zur Einberufung von Vertretern der Volksgemeinschaft haben, soweit die Notwendigkeit eintritt, die Einmütigkeit der Meinung zu wahren. Diese Versammlung sollte sich des Vertrauens des überwiegenden Teiles der Volksgemeinschaft erfreuen und daraus das Recht schöpfen, in deren Namen zu sprechen, ohne Befehle zu erteilen. Fürs Erste sollte das polnische Zentral-Wahlkomitee

die Mitglieder der Abgeordnetenfraktionen, die „Kreis-delegierten, die Vertreter der organisierten politischen Parteien und des Nationalbundes, sowie des Vereins der Journalisten zu einer Versammlung einberufen, um zu einer Verständigung zu gelangen bezüglich der Personen, welche das polnische Zentral-Wahlkomitee zu einer Vertreterversammlung einberufen wird. Die Zusammensetzung sollte eine lose sein, damit das polnische Zentral-Wahlkomitee in jedem Falle die Möglichkeit hätte, Personen, deren Ansicht im gegebenen Augenblick von Gewicht ist, einzuladen. In diesem Vorladen von entsprechenden Personen ist einzig ein Faktor der Gewalt zu erblicken, die dem Zentral-Wahlkomitee über die Wahlangelegenheiten hinaus zusteht."

Nach Verlesung dieser Resolution nahmen noch das Wort die Herren Szpotanski, Habel und Pawlikowski-Posen, sowie Wieslaw v. Tucholka.

Die vorgeschlagene Resolution wurde einstimmig angenommen. Herr Kammerherr Dr. v. Jackowski nimmt den schon an anderer Stelle von Herrn Kasimir v. Chlapowski-Kopaszewo aufgeworfenen Gedanken auf, dem hl. Vater ein Telegramm zu senden anläßlich der Verunglimpfung, die er von seiten des römischen Bürgermeisters Nathan erfahren hat.

Der Vorschlag wurde einstimmig angenommen, und man ermächtigte die Herren Dr. v. Jackowski und Pawlikowski, ein entsprechendes Telegramm abzusenden. Es lautet:

„Die versammelten Mitglieder des polnischen Nationalbundes in Posen senden Ew. Heiligkeit den Ausdruck kindlicher Anhänglichkeit und Liebe aus Anlaß des unerhörten, seitens der Feinde der Kirche erfahrenen Angriffs."

Das in lateinischer Übersetzung abgesandte Telegramm wurde von den Herren Dr. Graf Adam v. Zoltowski-Jarogniewice, Vorsitzender des Rats, Valerian Lebinski, Schriftführer, Kammerherr Dr. v. Jackowski und Pawlikowski unterzeichnet.

Aus Nr. 250 des Orędownik (Posen) vom 30. Oktober 1910:

Posen, den 29. Oktober 1910.

Mit den Stadtverordnetenwahlen

beschäftigte sich gestern wiederum das Wahlkomitee für die Stadt Posen.

Wir rufen vor allen Dingen die Sachlage ins Gedächtnis zurück: In der Altstadt und Jersitz finden Wahlen in allen drei Klassen, in Wilda und St. Lazarus-Gurtschin nur in der ersten und zweiten Klasse statt. Diese Verschiedenheit erklärt sich damit, daß man bei der Eingemeindung der Vororte gewisse kontraktliche Vorbehalte machte, wie die Wahlen in den Vororten bis zum Jahre 1910 stattzufinden haben.

Indem wir zu den einzelnen Klassen übergehen, bemerken wir, daß wir in der ersten und zweiten Klasse, wo es um ca. 17 Mandate geht, keine Aussichten haben. Trotzdem müssen die Wähler dieser Klassen ihre bürgerlich-nationale Pflicht erfüllen und damit ihr Polentum dokumentieren.

In der dritten Klasse haben sich die Verhältnisse bedeutend zu unseren Gunsten geändert. Dies ist infolge einer ministeriellen Verfügung geschehen. Diese hat folgenden Inhalt: Wer zwei, drei, vier, fünf usw. Kinder hat, der wird bei der Steuereinschätzung eine bzw. zwei usw. Steuerstufen herabgesetzt; dieses Steuervorrecht hat aber indes nicht die Zurücksetzung in die niedrigere Wahlklasse zur Folge. Daher werden viele, die früher infolge des Steuerprivilegs der Kinder in die niedrigere Klasse kamen und dadurch das Landtags- und Stadtverordnetenwahlrecht eingebüßt haben, gegenwärtig allerdings ebenfalls weniger Steuern zahlen, aber trotzdem das Wahlrecht besitzen.

Diese Verfügung ist tatsächlich den Polen zum Vorteil ausgefallen, denn unsere Kraft steckt in der Tat in den breiten, aber armen Volksklassen. Der erwähnten Verfügung haben wir es zu verdanken, daß wir gegenwärtig ein entschiedenes Übergewicht besitzen — außer — wie früher, in den Bezirken I (Alter Markt) und IV (Wallischei) — ebenso im II. Bezirk (der in der Ritterstraße wählt), den wir voriges Mal nur mit Anstrengung erobert haben, und sogar in Jersitz, wo wir das erste Mal die Majorität besitzen und zwar von 500 Stimmen. Im III. Bezirk (der in der Naumannstraße wählt) hatten wir zum ersten Mal Stimmengleichheit. Hier wird jedoch die Sache sehr schwer sein, denn in diesem Bezirk wohnen sehr viele Beamten. Eine Anstrengung erfordert ebenfalls Jersitz, wo viel polnische Arbeiter wohnen, die zum ersten Mal an einer Stadtverordnetenwahl teilnehmen. Diese Massen in allen Bezirken — besonders im Jersitzer und dem III. Bezirk — zur Wahlurne zu bringen, wird eine schwere Aufgabe der Wahlbehörde und ihrer Vertrauensmänner sein, denen die Wähler ihre Aufgabe doch erleichtern möchten! Die Agitation kann nur durch die Zeitungen und von Mund zu Mund erfolgen, denn bei Kommunalwahlen ist es uns in Kreisen, die nicht über 60 Prozent Polen besitzen, nicht erlaubt, öffentliche Versammlungen in der polnischen Sprache abzuhalten. Zu diesen Kreisen gehört — wie bekannt — auch Posen.

Aus diesem Grunde können auch über die Kandidaten zum Stadtverordnetenparlament nicht Wählerversammlungen entscheiden. In unsrer Stadt existieren für alle 7 Bezirke 7 Wahlunterkomitees, die aus Vertrauensmännern, im ganzen aus über 200 Personen bestehen. Diese Leute bilden ausdrücklich einen Verein, der den gesetzlichen Vorschriften genügt. Dieser Verein wird nun in Kürze zusammentreten und über die Kandidaten eine endgültige Entscheidung treffen.

Diesem Verein wird das Wahlkomitee für die Stadt Posen folgende Kandidaten für die 3. Klasse empfehlen:

Für den ersten Bezirk: den Rechtsanwalt Drwęski und den Baumeister Frankiewicz (die bisherigen Stadtverordneten); vor wenigen Wochen schon einigte man sich dahin, diese Herren zu behalten.

Für den II. Bezirk: Dr. Hącia, Direktor der Bank wloscianski (Bauernbank) und den Rechtsanwalt Dr. Kolszewski (neu).

Für den III. Bezirk: Herrn Suchowiak, emer. Lehrer und Dr. Szulczewski (neu).

Für den IV. Bezirk: Herrn Offierski (bisherigen Stadtverordneten). Für Jersitz Herrn Kosicki, Direktor der Volksbank (neu). Es hat jemand die Kandidatur des Herrn Dolacki vorgeschlagen, doch sie wurde fast einstimmig abgelehnt, einmal deswegen, weil das eine Kandidatur des politischen und persönlichen Haders werden würde, und dann aus dem Grunde, weil Herr Dolacki bei den letzten Reichstagswahlen vom Komitee deswegen ein Mißtrauensvotum erhielt, weil er angesichts des Feindes seine Pflicht nicht erfüllte.

Die Versammlung der Vertrauensmänner kann alle diese Kandidaten annehmen — oder auch in der Kandidatenliste Änderungen vornehmen.

Auf die Agitationsangelegenheit werden wir noch zurückkommen, denn von ihr wird es abhängen, ob wir überall in der III. Klasse siegen werden. Wenn wir

siegen — so werden wir in der Stadtverordnetenversammlung nicht wie bisher 8, sondern 12 Vertreter besitzen.

Aus Nr. 250 des Dziennik Poznański (Posen) vom 30. Oktober 1910:

In Sachen des Nationalrats

erhalten wir von einem unsrer hervorragendsten und verdientesten Bürger die nachstehenden Äußerungen:

Über die Bildung eines „Nationalrats" oder die Schaffung einer „höchsten nationalen Instanz", die jemand sogar „Nationalregierung" genannt hat, ist schon soviel geschrieben worden, daß es scheinen könnte, als sei die Sache bereits völlig aufgeklärt, und als bleibe jetzt nur übrig, zu ihrer Verwirklichung zu schreiten. Augenscheinlich ist es jedoch nicht so, denn immer neue Anschauungen treten zutage, immer neue Projekte entstehen. Das macht mich dreist, auch das Wort zu nehmen vor Schluß der Diskussion.

Vor allem müßte man sich darüber Rechenschaft ablegen, um was es sich bei allen diesen Diskussionen und Kombinationen handelt: um eine Obrigkeit bzw. Regierung oder um einen Nationalrat, und ferner ob um politische Angelegenheiten oder um die Gesamtgestalt des nationalen Lebens?

Diejenigen, welche eine Obrigkeit schaffen wollen, fragen wir: „Was bedeutet eine Obrigkeit ohne Exekutive? Eine solche Obrigkeit kann nur moralische Autorität haben, aber auch nur insoweit, als sie der Ausdruck des Willens der Allgemeinheit ist und sie alle freiwillig anzuerkennen willens sind. Wir erinnern an die letzten Posener Wahlen. Wir hatten doch eine Obrigkeit, das Provinzialkomitee, welches aus allgemeinen Wahlen hervorgegangen ist. Ist denn ihr Befehl nun ausgeführt und geachtet worden? Er gefiel einer gewissen Gruppe von Leuten nicht, welche die Allgemeinheit der Wähler in dem Grade zu beeinflussen wußten, daß sie ihrer obersten Behörde den Gehorsam versagten und durch ein merkwürdiges Zusammentreffen von Umständen diese Behörde sogar zwangen, die Sezession zu legalisieren. Wird dieselbe Geschichte sich nicht wiederholen, obwohl wir eine höchste nationale Instanz haben werden, wenn ihre Maßnahmen der oder jener Gruppe, der oder jener Partei, der oder jener Koterie mißfallen werden? Eine neue Obrigkeit schaffen, ohne die Möglichkeit, ihr das Recht der Exekutive, sei es auch nur in der Form der öffentlichen Meinung, aber einer strengen und konsequenten öffentlichen Meinung zu geben, das würde soviel bedeuten, als die Idee der Obrigkeit an sich gefährden.

Solange wir nicht in dem Grade gereift sein werden, daß wir imstande sein werden, alle persönlichen oder Parteigelüste den Befehlen und Weisungen der von uns gewählten Obrigkeit unterzuordnen, solange wir nicht in uns das Lüstchen des „liberum veto" mit Stumpf und Stiel ausgerottet haben werden, solange wir uns weiter nicht organisieren werden, von unten anfangend und an den Gipfeln endend, auf die Weise, daß jene höchste nationale Instanz der Ausfluß des allgemeinen Willens der ganzen Volksgemeinschaft sein wird, solange wollen wir dieser Volksgemeinschaft nicht von oben her eine neue Obrigkeit aufhalsen, bezüglich deren wir nicht die Gewißheit, oder wenigstens die Aussicht haben werden, daß sie allgemeines Gehör finden wird.

Ist es nun möglich, die ganze Allgemeinheit, d. h. alle aufgeklärten Polen zu organisieren, sowie alle die, welche sich verpflichtet fühlen, sowohl die Bürgerrechte, als auch die Bürgerpflichten auszuüben? Nach dem Jahre 1848 wurde teilweise die Schaffung einer solchen Organisation in der polnischen Liga ausgeführt, vor etwa 40 Jahren versuchte man, die Traditionen der Liga in dem „Verein zur Förderung der moralischen Interessen der polnischen Bevölkerung unter der preußischen Herrschaft" aufzufrischen. Die Liga wurde von der Regierung aufgelöst, denn es bestand damals ein verfassungsmäßiges Vereinsgesetz noch nicht. Der Verein zur Förderung der moralischen Interessen fiel infolge Mangels an breiterer Unterstützung. Ob die heutige Volksgemeinschaft in dem Grade gereift sein mag, um eine derartige Organisation zu schaffen? Gelänge das, so könnte daraus die heut projektierte „höchste nationale Instanz" hervorgehen. Vor der Hand halte ich das Projekt für verfrüht. Gegenwärtig hat die Volksgemeinschaft die Aufgabe, sich auf recht breiter Grundlage in Wahlangelegenheiten zu organisieren, und zwar in den durch die Hauptversammlung der Delegierten empfohlenen Wahlvereinen. Wir wollen erst sehen, wie die ganze Allgemeinheit diese Aufgabe zu erfüllen vermögen wird.

Etwas Anderes ist der Nationalrat. Eine solche Einrichtung könnte heut schon entstehen als beratende, informierende, anregende Institution, welche die Gesamtgestalt des nationalen Lebens in ihre Hut nimmt. Hier würden wir nicht raten, ihre Tätigkeit auf das Gebiet der politischen Angelegenheiten zu beschränken. Wir möchten, daß sie ihre Arbeit auf alle Sphären des nationalen und sozialen Lebens, sowohl auf die politischen, als auch auf die wirtschaftlichen, kulturellen und sonstigen Aufgaben erstreckte.

Eine solche Körperschaft sollte jedoch nicht allzu groß sein, wenn sie nicht schwerfällig sein, wenn ihre Tätigkeit eine ununterbrochene, elastische sein soll. Die in den bisherigen Projekten vorgeschlagene Mindestzahl der Mitglieder des Rats beläuft sich auf 100, in manchen Projekten auf über 200. Man könnte sogar mit einer bedeutenderen Zahl einverstanden sein, wenn jene umfangreiche Zusammensetzung des Rats nur dazu dienen sollte, um einen tatsächlich arbeitenden Vorstand oder Ausschuß zu wählen. Entgegengesetztenfalls werden wir Volksversammlungen, große und kleine Landtage haben, von denen wir uns Nutzen nicht versprechen. Volksversammlungen sind nötig, wo es sich um Belehrung, um Information, schließlich um Agitation handelt. Wo es sich aber um energische und angestrengte Arbeit handelt, da, wo diese Arbeit konsequent, unausgesetzt und wirkungsvoll sein soll, da gilt es, die Tätigkeit in der Hand einer möglichst kleinen Zahl von rührigen Arbeitern zu konzentrieren. Und es wäre das eine nicht kleine Arbeit, die sowohl die Anstrengung aller Kräfte, als auch Hingabe erheischt.

Das polnische Zentralwahlkomitee hat versucht, diese Frage zu lösen, indem es sich aus eigener Initiative und Machtvollkommenheit für die höchste nationale Instanz erklärte. Es hat damit gefehlt, daß es, zur höchsten Wahlbehörde gewählt, seine Kompetenz eigenmächtig auf alle öffentlichen Angelegenheiten ausgedehnt hat, und es hat umsomehr gefehlt, als ein kurz vorher nach dem gleichen Ziele strebender Antrag von der Hauptdelegiertenversammlung mit erdrückender Stimmenmehrheit abgelehnt worden war. Damals war der Antrag aus dem Schoße des Posener Provinzial-Wahlkomitees hervorgegangen. Das Zentralkomitee hatte das Recht, diesen Antrag aufzunehmen und ihn den Hauptdelegiertenversammlungen aller Landesteile vorzulegen, aber es hatte nicht das Recht, diktatorisch zu verfahren, besonders nach der in der Posener Hauptdelegiertenversammlung frisch gemachten Erfahrung.

Immerhin ist das Zentralkomitee bis zu einem gewissen Grade am meisten zuständig, die Sache in die

Hand zu nehmen, und wir meinen, daß, wenn es sie von neuem aufnähme, gemeinsam mit beiden Abgeordnetenfraktionen ein Nationalratprojekt ausarbeiten und es der Allgemeinheit — nicht als vollzogene Tatsache, sondern wirklich als Projekt unterbreiten würde, dieses Projekt nach Durchdiskutierung vielleicht allgemeine Unterstützung finden und so Fleisch und Blut annehmen würde. Wir wiederholen noch, daß wir nicht raten würden, eine allzu zahlreiche, also schwerfällige Institution zu schaffen, daß ferner manchen Organisationen, wie z. B. den politischen Vereinen, der Presse das Recht zugestanden werden könnte, Kandidaten für die Ratsmitgliedschaft zu präsentieren oder direkt zu wählen, daß jedoch manche Organisationen, wie die Genossenschaften, die kulturellen usw. Vereine nicht selbst Kandidaten oder Mitglieder für den Rat wählen könnten, denn das würde ihnen den Vorwurf eintragen, sie überschritten ihr gesetzliches Tätigkeitsgebiet. Der Rat sollte sich vielmehr selbst Mitglieder aus diesen Sphären wählen ohne die aktive Beteiligung der einschlägigen Organisationen.

Würde das Zentralkomitee im Einverständnis mit den Provinzialkomitees aus seinem Schoße 3 Mitglieder in den Rat delegieren, die Abgeordnetenfraktionen gleichfalls 3, und würde aus den übrigen Organisationen und Sphären der sozialen Arbeiten je ein weiterer Repräsentant in den Rat gelangen, so könnte dieser sich aus 12—15—18 Mitgliedern zusammensetzen, welche Zahl völlig hinreichen würde. Eine weitere Tätigkeit könnte der Rat entwickeln mit Hilfe besonderer Kommissionen oder Ausschüsse oder Vertrauensmänner. Dr. Z. C.

Aus Nr. 243 des Lech (Gnesen)
vom 26. Oktober 1910:

Unter der Spitzmarke:

„Um den polnischen Nationalrat"

schreibt der Lech u. a. folgendes:

Der Kurjer wünscht sich, der Nationalrat solle auch in wirtschaftlichen, in Fragen unseres Handels, Gewerbes usw. entscheiden. Wir fragen deshalb: Wer kann in diesen Sachen am besten urteilen, wenn nicht unsere Kaufleute und Industriellen? Daraus geht hervor, daß man in den Nationalrat auch wird wählen müssen Kaufleute und Handwerker. Nun gut. Werden diese Personen auch die entsprechenden Fähigkeiten besitzen, um in den häufig verwickelten Sachen unserer nationalen Politik zu entscheiden? Wir zweifeln doch sehr daran! Gewöhnlich ist es so, daß Leute, die praktisch als Kaufmann und Handwerker arbeiten, sich um die Politik nicht viel kümmern, und deshalb haben sie in dieser Beziehung nicht viel Erfahrung. Wir kennen sehr tüchtige Handwerker, die fast gar nicht über Politik sprechen, denn sie wissen selbst, daß das nicht ihre Sache ist.

Wenn daher einerseits die Anwesenheit der Vertreter unseres Handels und Gewerbes im Nationalrate, so weit es sich um die wirtschaftliche Seite handelt, notwendig sein und es sich andererseits darum handeln wird, die Entscheidung über unsere Politik den Berufspolitikern und solchen Leuten zu überlassen, die am politischen Leben regen Anteil nehmen, so ergibt sich daraus die Notwendigkeit, daß die Arbeit des Nationalrates geteilt wird in eine politische und wirtschaftliche Materie.

Die wirtschaftliche Sektion des Nationalrates müßte in ihrer Hand alle die Einzelheiten vereinigen, die zur Hebung unseres Handels und Gewerbes erforderlich sind, sie müßte mit einer planmäßigen und systematischen Verteidigung unseres wirtschaftlichen Lebens beginnen und hätte noch viele andere wichtige Aufgaben zu erfüllen.

Außerdem müßte nach unserer Ansicht im Nationalrate auch eine kulturelle Sektion bestehen, deren wichtigste Aufgabe wäre die einheitliche Leitung unserer Aufklärungsarbeit.

Die wichtigste Arbeit unseres Nationalrates ist jedoch auf politischem und wirtschaftlichem Gebiete zu suchen. Sobald wir uns hinsichtlich dieser beiden Richtungen ihrer Arbeit ins Einvernehmen setzen, werden wir wissen, daß wir in die politische Sektion Politiker, in die wirtschaftliche theoretische und praktische Wirtschaftler wählen müssen.

Auf dieser Grundlage wird eine Verständigung hinsichtlich der zukünftigen Zusammensetzung der Mitglieder des Nationalrats weit leichter sein.

Aus Nr. 129 der Gazeta Ostrowska (Ostrowo)
vom 27. Oktober 1910:

Genossenschaftskursus in Ostrowo.

Prälat Wawrzyniak eröffnete im Beisein von zahlreich erschienenen Delegierten der Genossenschaften um 4 Uhr nachmittags im Saale des katholischen Hauses den Genossenschaftskursus und bemerkte, daß er mit Zustimmung des Propstes Zborowski Wirt des Lokals sei, zu welchem nur die durch ihn eingeladenen Zuhörer Zutritt hätten, deren Meldung man in einer vorausgegangenen Korrespondenz angenommen habe.

Prälat Wawrzyniak bemerkt, daß nur den durch ihn geladenen Hörern der Aufenthalt im Saale erlaubt sei.

In seinem ersten Vortrag beleuchtete der Patron das Genossenschaftsrecht. Die Genossenschaft erwirbt mit dem Moment der gerichtlichen Eintragung Korporationsrechte. Bei der Gründung muß die Genossenschaft ein Protokoll verfassen, ein Statut beraten und dann die unterschriebenen Statuten nebst einem Verzeichnis der Vorstandsmitglieder dem Gericht einreichen, das nach Durchsicht der Sachen dann die Genossenschaft einträgt. Von dem Augenblick an beginnt die Genossenschaft ihre Tätigkeit. Nach dem Genossenschaftsrecht muß jede Genossenschaft einen mindestens aus drei Mitgliedern bestehenden Aufsichtsrat, und einen mindestens zwei Mitglieder starken Vorstand haben, die durch die Generalversammlung auf drei Jahre gewählt werden.

Der Aufsichtsrat hat keine durch Statuten eng umgrenzten Pflichten. Diesbezügliche Fingerzeige gibt eine vom Patronat herausgegebene Broschüre mit dem Titel „Fingerzeige für Mitglieder des Aufsichtsrats." Das Gesetz fordert es, daß im Vorstand mindestens zwei Mitglieder sitzen.

Aus praktischen Gründen bestehen bei unseren Genossenschaften der Vorstand aus drei, der Aufsichtsrat aus neun, bei größeren Genossenschaften aus 12 Mitgliedern. Die Entscheidungen der Vorstandsmitglieder setzt der Aufsichtsrat fest.

Die innere Arbeit der Genossenschaft, die Arbeitsteilung, die Entschädigung der Vorstandsmitglieder bestimmt das Regulativ, dessen Muster vom Patronat gedruckt wurde.

Von 5 bis 6 Uhr sprach Kanonikus Adamski über die Tätigkeit des Genossenschaftsvorstandes. Das Genossenschaftsrecht schreibt vor: Der Vorstand der Genossenschaft muß nach den Grundsätzen eines ehrlichen und vorsichtigen Kaufmanns arbeiten.

Der Referent weist auf die Bedeutung der Arbeit und die rechtliche Verantwortlichkeit des Vorstandes

hin und nimmt dann die einzelnen Zweige der Tätigkeit des Vorstandes durch.

Redner macht darauf aufmerksam, daß die Genossenschaften jedes Depositen annehmen und für die Verbreitung der Sparsinnes sorgen müssen, sei es durch Vorträge, sei es mit Hilfe von gedruckten Aufrufen. Redner kennt Beispiele, wo infolge von Aufrufen die Depositen in einigen Jahren um Hunderttausende von Mark gewachsen sind.

In der folgenden Stunde von 6—7 spricht Prälat Wawrzyniak:

„Es geschieht oft, daß die Mitglieder gegen die Ansammlung eines größeren Reservefonds sind und zwar aus dem Grunde, weil sie befürchten, daß vielleicht ein Dritter diese Fonds an sich nehmen könnte. Redner widerspricht dem, empfiehlt jedoch nicht mehr zu sammeln, als gesetzlich gestattet ist. Außer dem Reservefonds wird auch ein Spezialreservefonds gesammelt. Der Unterschied zwischen beiden ist der, daß man den Reservefonds nur zur Deckung von Bilanzverlusten gebrauchen kann, während die Spezialreserve das Eigentum der Mitglieder ist, die über sie im Falle irgendwelcher Verluste oder anderer Notfälle frei verfügen.

Die Genossenschaften werden nicht nur zu dem Zweck gegründet, um den Kredit zu erleichtern, sondern auch dazu, um den Sparsinn der Leute zu heben. Viele Leute verwahren ihr Geld noch zu Hause auf eine ganz primitive Weise, statt es in die Bank zu geben, wo es Zinsen trägt und sicher ist. Seit der Gründung unserer Genossenschaften ist noch kein einziges Depositum verloren gegangen.

Dienstag von 10—11 Uhr.

Kanonikus Adamski: „Die Genossenschaft als Kaufmann und ihre Pflichten gegen das Handelsrecht." Das Handelsrecht schreibt eine genaue Buchführung vor. Es ist nicht erlaubt, in den Büchern Fehler zu korrigieren und durchzustreichen, daß Klexe entstehen, sondern es ist neben die falsch eingetragene Ziffer die richtige mit roter Tinte zu schreiben. Die Seiten der Bücher müssen numeriert sein. Nach demselben Recht müssen die Handelsbücher zehn Jahre lang nach der letzten Notiz aufbewahrt werden. Ebenso muß sämtliche Korrespondenz kopiert und in Jahresheften gesammelt werden. Zum Jahresschluß muß eine Inventur gemacht und eine Bilanz aufgestellt werden, und zwar schon für den 1. Januar und nicht, wie es so oft vorkommt, erst im Februar oder gar März, wo eine Inventuraufnahme vom 1. Januar schon unmöglich ist.

Nunmehr bespricht Prälat Wawrzyniak sehr eingehend die Aufstellung der Bilanz und gibt mehrere praktische Ratschläge und Fingerzeige, die die Aufstellung der Bilanz bedeutend erleichtern. Redner unterstreicht die Bedeutung der Inventur und bespricht wiederum mit Hilfe von zahlreichen und beredten Beispielen ihre Bedeutung und erteilt kostbare Fingerzeige. Bei der Besprechung der Wechsel bei der Inventuraufnahme legt der Patron den Aufsichtsräten ans Herz, die Wechsel zu taxieren und sich über den tatsächlichen Wert derselben zu erkundigen. Ich möchte, so schließt der Patron, den Aufsichtsratsmitgliedern tief einimpfen, welche Verantwortlichkeit sie den Inventuren und den Bilanzen gegenüber tragen.

Kanonikus Adamski bespricht in der folgenden Stunde die Buchführung in unseren Banken. Was ausschlaggebend war, daß man in ihnen amerikanische Buchführung einführte, ist die Tatsache, daß sie am einfachsten, am praktischsten und am leichtesten kontrollierbar ist.

Die Hauptbücher einer jeden Bank müssen sein: ein Mitgliederverzeichnis, ein Tagebuch der Ein- und Ausgaben, ein Spezialkonto für die Mitglieder, ein Depositenkonto-, ein Depositenquittungsbuch, verschiedene Kontrollbücher, eine Zinstabelle, ein monatliches und jährliches Abschlußbuch. Nach Besprechung der einzelnen Sachen spricht Referent eingehend über den Austritt der Mitglieder aus der Bank und gibt alsdann einige Warnungen bei Annahme von Anteilen, Polizen usw. und der sogenannten Unterlagen bei Darlehen.

Die erste Nachmittagsstunde (3—4) opfert Patron Wawrzyniak dazu, das Verhältnis der Genossenschaften zu den andern Institutionen, sowie den Staatsbehörden und unseren Institutionen klarzulegen. Der Einfluß der Gerichtsbehörde auf die Genossenschaften ist durch das Genossenschaftsrecht genau begrenzt, die Verwaltungsbehörden haben gewisse, doch nicht zu weit gehende Rechte. Man muß sich den Behörden gegenüber mit dem Gesetz verteidigen, vorsichtig, bedachtsam und klug auftreten.

Bei der Wahl der Vorstandsmitglieder ist die allergrößte Vorsicht geboten, denn im Falle der Wahl von nichtentsprechenden, mit den Strafgesetzen in Kollision geratenen Personen leidet die Genossenschaft sogar in solchen Fällen, in welchen die Person nicht als Bankbeamter, sondern als Privatperson wirkt.

Die Gründung neuer Genossenschaften geht gegenwärtig leichter von statten als vor Jahren. Heute, wo es ein Patronatsbureau zur Erteilung von Ratschlägen, wo es einen „Ratgeber", der den Angelegenheiten der Genossenschaften geweiht ist, gibt, wo belehrende Broschüren herausgegeben werden und es routinierte Leute gibt, die im Notfalle die Genossenschaft beraten, wo unsere Zeitungen mit Wohlwollen über die Genossenschaften referieren, wo man Genossenschaftskurse einrichtet, ist es leichter, Genossenschaften zu gründen und für ihre Entwickelung zu sorgen.

Es folgt die Besprechung des Verbandes der Genossenschaften, sowie des Verhältnisses der Genossenschaften zum Verbande. Unsere Genossenschaften sind deswegen so stark, weil sie einen Verband bilden, eine Kontrolle haben.

Die Regulierung des Geldumsatzes in den Genossenschaften führt die Bank der Erwerbsgenossenschaften in Posen durch, die im laufenden Jahre ihr 25jähriges Jubiläum feiert. Diese für unsere Verhältnisse mächtige Institution besitzt für unsere Genossenschaften eine große Bedeutung.

Die Entwickelung der Genossenschaften ist sehr günstig. Man kann betreffs der Zukunft über die Genossenschaften ruhig sein. Auf die häufig gestellte Frage, was werden wird, wenn die Alten aussterben, antwortet der Patron, daß junge geschulte Leute existieren, die dort anfangen werden, wo die Alten aufgehört haben. Man kann zu diesen Kräften volles Vertrauen haben.

Es verfließt wiederum eine Stunde, das Wort erhält Kanonikus Adamski. Redner beendet die Besprechung der Bankbücher und geht dann zur Besprechung der Arbeitsteilung unter die einzelnen Vorstandsmitglieder über, zeigt die Notwendigkeit der Annahme des Regulativs und legt besonders darauf Nachdruck, daß bei Erledigung von Bankgeschäften mindestens zwei Vorstandsmitglieder zugegen sein müssen. Redner schneidet auch die wichtige Frage der Beschäftigung von jungen Leuten als Buchhalter in den Banken an, denn nur durch eine verständige Buchführung wird Ordnung in die Bank eingeführt, auch erleichtern sich die Vorstandsmitglieder dadurch die Tätigkeit und haben Zeit, sich ihrer eigentlichen Arbeit, die auf ihren Schultern als den Leitern der Institution ruht, zu widmen. Die Arbeitsteilung unter die einzelnen Vorstandsmitglieder ist durch das Regulativ

geregelt, dessen vom Patronat übersandtes Schema immer den örtlichen Verhältnissen anzupassen ist.

Prälat Wawrzyniak spricht über folgendes Thema: Vorstandsmitglieder und der Kredit — und verliest die entsprechenden im Genossenschaftsrecht enthaltenen Vorschriften. Dann erklärt Referent den § 49 des Genossenschaftsrechts, der das Darlehn, die Höhe der Depositen usw. reguliert. Nunmehr spricht Redner über die Bedeutung der Bankrevision, die nach dem Gesetz alle zwei Jahre durch einen vom Patron bestimmten Revisor vorgenommen werden muß.

Der letzte heutige Vortrag, den Kanonikus Adamski hielt, enthält mehrere Ratschläge für den Vorstand und den Aufsichtsrat. Referent empfiehlt den Bankbeamten, dem Publikum gegenüber höflich zu sein — ganz gleich, ob es den niederen oder den höheren Ständen angehört, mahnt zur Pünktlichkeit in der Erledigung der Sachen und warnt die Vorstandsmitglieder, nicht mündliche Darlehnsversprechungen zu machen, da dieses manchmal böse Folgen nach sich zieht. Die Arbeit in den Genossenschaften muß darunter leiden, wenn ein Mitglied des Vorstandes oder des Aufsichtsrats während seiner amtlichen Tätigkeit sich durch persönliche Sympathien oder Antipathien zum Klienten leiten läßt. Der einzige maßgebende Faktor ist hier das reine Gewissen. Eine den Mitgliedern des Vorstandes und des Aufsichtsrats unumgänglich notwendige Eigenschaft ist die Diskretion.

Aus Nr. 130 der Gazeta Ostrowska (Ostrowo) vom 29. Oktober 1910:

Fortsetzung.

Mittwoch von 10—11 Uhr. Dr. Karasiewicz „Über das Wechselrecht": — Das Gesetz verlangt, daß der Wechsel unter Beobachtung der vorgeschriebenen Formalitäten ausgefüllt wird. Er muß die Aufschrift „Wechsel" und eine unverkürzte Unterschrift (Vor- und Familiennamen) und die Firma z. B. „Bank Ludowy, eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht in Ostrowo" tragen. Auf einem Prima-Wechsel muß es nicht „zahle der Bank", sondern „zahle an die Bank" heißen. Eine Unterschrift durch Kreuze, sowohl des Wechselausstellers als auch der Akzeptanten, ist nur dann gültig, wenn die Identität der Unterschriften vom Notar beglaubigt ist. Der Frau ist nur mit Zustimmung des Ehemannes gestattet, Wechsel auszustellen. Wechsel, die durch Minderjährige ausgestellt werden, sind ungültig. Auf dem Wechsel muß notwendig der Fälligkeitstermin angegeben werden. Am Jahresschluß muß man auf die Schreibung des Jahres, in welchem der Wechsel fällig wird, acht geben. Ein gefälschter Wechsel kann gegen diejenigen, die ihn unterschrieben haben, eingeklagt werden.

Angesichts des Fortschritts im Handel und Gewerbe haben die Banken die Pflicht, Primawechsel zu diskontieren. Der Unterschied zwischen einem trocknen und einem Primawechsel ist der, daß für den ersteren der das Darlehn nehmende und für den zweiten die Giranten haften, die der Leiher durch das Wort „zahlen Sie", welches er auf den Wechsel schreibt, verpflichtet. Bei der Diskontierung eines Primawechsels muß die Bank die Giranten benachrichtigen. Die Wechsel sind zu numerieren und die einzelnen Nummern in ein Buch einzutragen — anders ist eine Kontrolle nicht möglich. Kann der Schuldner den Primawechsel nicht zur Zeit einlösen, so braucht der Vorstand den Wechsel nicht zum Protest zu geben — ohne dadurch einen Verlust zu erleiden, wenn der Schuldner und die Giranten einen neuen Wechsel unterschreiben. Dann schreibt der Vorstand im Einnahmebuch die betreffende Summe als Einnahme, im Ausgabebuch als Ausgabe ein.

Die Nummer des neuen Wechsels bleibt die alte.

Von 11—12 Uhr: Dr. Karasiewicz: „Über die Pfänder". Bei Annahme von Pfändern begehen die Vorstände oftmals den Fehler, daß sie den Schuldner nicht amtlich über den Vertrag benachrichtigen.

Beispiel: Jemand gibt der Genossenschaft A seinen Anspruch an die Genossenschaft B als Pfand.

Der Vorstand der Genossenschaft B muß nun die Genossenschaft A benachrichtigen, daß er diesen Anspruch als Pfand annahm, andernfalls setzt er sich eventuellen Verlusten aus, denn ein solcher Anspruch kann auch nicht existieren.

Allerdings legt der Pfandhinterleger sein Depositenbuch vor. Dieses Buch ist jedoch kein Wertobjekt, sondern nur ein ungültiges Dokument, denn die Forderung konnte der Interessent ja schon abgehoben haben. Dieselbe Vorsicht empfiehlt Redner auch bei Annahme von Hypotheken zum Pfand. Er empfiehlt auch, neue Feuerversicherung zu verlangen. Der Hypothekenbrief stellt kein Wertobjekt dar, denn die Hypothekenschuld wird ohne Vernichtung des Hypothekenbriefes gelöscht. Daher muß man die Formalität erfüllen und denjenigen, auf dessen Hypothek dieser Brief lastet, benachrichtigen. Referent rät, die Hypothekenobligationen zugleich mit den Hypothekenbriefen auf kurzfristige Kündigung anzunehmen. Der Vorstand muß besondere Bücher über die Pfänder führen.

Von 11—1 Uhr. Dr. Karasiewicz: „Über die Einkommensteuer der Genossenschaften".

Die Genossenschaften unterliegen der Besteuerung ihres Einkommens, wenn ihre Tätigkeit über die Grenzen ihrer Mitglieder hinausgeht. Den Darlehnsgenossenschaften ist es nicht erlaubt, mit Nichtmitgliedern zu arbeiten; daher sind diese Genossenschaften nicht verpflichtet, Einkommensteuer zu zahlen. Unsere Darlehnsgenossenschaften bringen ihre Kapitalien in der Bank des Verbandes der Erwerbsgenossenschaften unter, doch damit unterliegen sie noch nicht der Vorschrift über die Einkommensteuer. Die Verwaltungsbehörden übersenden den Genossenschaften Deklarationsformulare über die Einkünfte der Genossenschaft. Referent rät, diese Formulare auszufüllen, um dadurch die Genossenschaft vor der eigenmächtigen Einschätzung seitens der Einschätzungskommission zu bewahren, im Falle einer ungerechten Besteuerung aber zu reklamieren.

Außerdem haben wir noch die in vier Klassen eingeteilte Gewerbesteuer. Die Genossenschaften zahlen oft eine zu hohe Gewerbesteuer. Es kommt auch vor, daß die Kommissionen nicht das Einkommen-, sondern das Umsatzkapital besteuern. In solchen Fällen muß reklamiert werden.

Von 3—6 Uhr sprach Geistlicher Bolt „Über die Rechtsstellung und die Pflichten des Aufsichtsrats und des Vorstandes". Der Vorstand ist der tatsächliche Wirt der Genossenschaft, die Mitglieder des Vorstandes führen alle Genossenschaftsgeschäfte, der Aufsichtsrat ist ein Aufsichtsorgan, das darüber wachen muß, daß in der Genossenschaft alles nach Recht und Gesetz und dem Wunsche der Genossenschafter gemäß geschieht. Das Amt eines Aufsichtsratsmitgliedes ist ein Ehrenamt insoweit, als es nicht erlaubt ist, ihre Tantiemen statutenmäßig festzulegen.

Die Wahl der Aufsichtsratsmitglieder kann durch die Generalversammlung annulliert werden, falls diese ihrer Aufgabe nicht gewachsen sind oder gar der Genossenschaft Schaden zufügen.

Ein Aufsichtsratsmitglied kann im Notfall ein Vorstandsmitglied eine bestimmte Zeit vertreten, doch muß es alsdann — nach Vorschrift des Gesetzes —

von seiner Tätigkeit als Aufsichtsratsmitglied Abstand nehmen.

Bei Anträgen muß zuerst die Abstimmung des Vorstandes und dann die des Aufsichtsrats erfolgen. Der Beschluß ist alsdann gültig. Lehnt der Aufsichtsrat den Antrag, der vom Vorstande angenommen wurde, ab, so fällt damit der Antrag. Die einzelnen Aufsichtsratsmitglieder, sogar der Vorsitzende des Aufsichtsrats, haben kein Recht, den Vorstand zu kontrollieren, wenn sie dazu nicht vom ganzen Aufsichtsrat ermächtigt werden. Der Aufsichtsrat kann vom Vorstande einen Rechenschaftsbericht über die Tätigkeit der Genossenschaft jederzeit verlangen, seine Pflicht ist es, am Jahresschluß die Jahresrechnungen zu prüfen. Die Bilanz wird vom Vorstande aufgestellt; der Aufsichtsrat kontrolliert dieselbe.

Referent macht darauf aufmerksam, daß der Aufsichtsrat verpflichtet ist, vor der Generalversammlung die Verhältnisse der Bank im wahren Lichte darzustellen; er macht auf die Konsequenzen aufmerksam, die eine Darstellung der Bankverhältnisse in einem besseren Lichte, als sie in Wirklichkeit sind, nach sich ziehen kann.

Der Aufsichtsrat kann seinen Pflichtenkreis nicht anderen Personen übertragen. Es folgt die Besprechung über die jährliche Inventuraufnahme. Auch gibt Redner einige Fingerzeige zur Anfertigung derselben. Die Taxierung der Gegenstände bei der Inventuraufnahme wird eingehender besprochen und Nachdruck auf die Kontrolle der Depositen gelegt.

Zweifelhafte Fragen, betreffend das Verhältnis des Vorstandes zum Aufsichtsrat, klärte nach den Vorträgen eine umfangreiche Diskussion auf.

Damit erreichte der dreitägige Genossenschaftskursus in Ostrowo sein Ende.

Aus Nr. 250 des Kurjer Poznański (Posen) vom 30. Oktober 1910:

Betrifft polnische Ärzte.

In Grabow (Posen) sowie in Zülz O.-S. soll je ein polnischer Arzt nötig sein. Grabow verläßt nämlich der dortige polnische Arzt dieser Tage, und in Zülz ist neulich der deutsche Arzt gestorben. Mit Rücksicht auf die in diesem Falle erforderliche Eile — besonders bezüglich Grabows — bieten wir diese Information, ohne uns mit dem Ärzteausschuß des Vereins der Freunde der Wissenschaften zu verständigen. Es empfiehlt sich jedoch, daß die Interessenten sich in Zukunft unmittelbar an den Ärzteausschuß wenden, der uns ersucht hat, ohne seine Wissen derartige Mitteilungen nicht zu veröffentlichen. Die Redaktion kann nämlich nicht beurteilen, wenn ein tatsächliches und wenn nur ein scheinbares Bedürfnis nach einem polnischen Arzte in der betreffenden Ortschaft vorliegt. Betreffs der Einzelheiten hinsichtlich Grabow und Zülz bitten wir, sich an Herrn Dr. v. Dembinski, St. Martinstraße 68, den Schriftführer des Ärzteausausschusses, wenden zu wollen, dem wir unser Informationsmaterial zusenden werden.

Aus Nr. 42 des Głos Wielkopolanek (Posen) vom 16. Oktober 1910:

Wir und die Hakatistinnen.

In dieser Woche fand in Lissa der „4. allbeutsche Frauentag" statt. Einberufen wurde er natürlich durch die begeisterten Verkünderinnen des Hakatismus mit Frl. Schnee und Frl. Dr. Schirmacher an der Spitze. Doch nicht alle deutschen Frauen huldigen dem Rassenhasse, der Parole „Ausrotten!" — die einstmals durch die hakatistischen Götzen, die ihr großes Vaterland um die Steuer betrogen haben, ausgegeben wurde. So stellten am vorletzten „Frauentage" die Posener Damen den Antrag, auf diesem „Tage" jegliche Politik auszuschließen; unterstützt wurde der Antrag — wenn wir uns nicht irren — von den Danziger Damen. Dieser Antrag war für die Hakatisten ein Blitz aus heiterem Himmel. Sie dachten wohl, daß der weniger kritisch veranlagte Verstand der Frauen ohne Ausnahme auf den Leim ihrer Phrasen, ihrer statistischen Lügen usw. gegangen ist. Indes zeigt es sich, daß es noch deutsche Frauen gibt, die mit ihnen zusammen nicht gehen wollen, die ihre unchristliche Arbeit verdammen.

Indes fand der Antrag dieser vernünftigen Frauen, da er in den Augen der Hakatisten keine Gnade fand, keine Aufnahme. Dieses ist jedoch kein Beweis des Triumphs der hakatistischen Ideen unter den deutschen Frauen, sondern nur ein Beweis dafür, daß die vernünftigen deutschen Frauen von solchen unklugen Demonstrationen abrücken, die die verbissenen hakatistischen Schwestern veranstalten, welche blindlings alles glauben, was ihnen das Tageblatt schreibt, auch wenn es ebenso falsch wäre, wie die letzte Statistik über den Länderverkauf aus deutschen in polnische Hände. Bleiben wir beim Tageblatt. Auf die Frauen, bei welchen unter dem Einfluß des Hakatismus noch der gesunde Menschenverstand nicht völlig ausgetrocknet ist, wetternd, erfrechte sich vor einiger Zeit dieses widerliche Blatt, uns Polinnen mit den Hakatistinnen zu vergleichen. Uns ist dabei die zweifelhafte Ehre zuteil geworden, den Hakatistinnen zum Vorbild gestellt worden zu sein. Kennst du denn, du hakatistische Schreiberseele, die für ihre chauvinistischen Artikel Lohn in Form von „Ostmarkenzulagen" erwartet, nicht den Unterschied, der zwischen uns und den wie Schafe hinter deinen kriegerischen Parolen herlaufenden Frauen besteht?

Wir Polinnen sitzen auf unserem väterlichen Erbe, auf einem Boden, der durch das Blut unserer Vorfahren gedüngt ist, auf einem Boden der Gebeine unserer Väter enthält. Ihr dranget in unser Land mit dem Recht oder Unrecht des Stärkeren und der Kraft der Faust ein, und hegt den Wunsch, uns hier auszurotten. Eure Anhänglichkeit an das Land, in welchem wir wohnen, stützt sich auf den Talerpatriotismus: Nehmt all diesen Kulturträgern, die bei uns die „Wacht am Rhein" und „Deutschland über alles" singen, die Ostmarkenzulagen fort — und ihr werdet sehen, wie alsdann ihr Patriotismus ausschauen wird. Unser Patriotismus dagegen entspringt der tiefen Liebe zu unserm heiligen Lande, zu unserm unglücklichen Vaterlande.

Und darin liegt gerade der Unterschied zwischen uns und euch. Wir kämpfen mit der Liebe, ihr mit dem Hasse; wir wollen uns auf dem, was uns das kostbarste auf Erden ist, halten, ihr wollt das Land, welchem ihr Schaden zufügt, unterjochen.

Wer wird in diesem Kampfe Sieger bleiben? Zweifelsohne nicht der Haß, nicht der künstlich genährte Patriotismus, sondern die Liebe, diese unsere Liebe, vor der nichts standhalten kann. Wir werden nicht mit Kanonen und Soldaten, sondern mit der Macht unserer Liebe siegen.

Je mehr ihr euch bemüht, Haß zu säen, desto näher sind wir unserm Siege, der gleichzeitig ein Sieg der Gerechtigkeit sein wird. Gegen eure Waffe entsteht in euren eigenen Reihen eine immer größer werdende Reaktion — daher eure Wut. Wir dagegen bleiben ruhig, da wir an die Macht unserer Liebe glauben.

Aus Nr. 245 des Dziennik Bydgoski (Bromberg) vom 27. Oktober 1910.

Lutherische Lehrer an katholischen Schulen.

Wir haben eine große Anzahl katholischer Schulen, an denen lutherische Lehrer tätig sind. Evangelische Schulen aber, an denen katholische Lehrer amtieren würden, gibt es wohl gar nicht, denn wir haben von einer solchen Schule noch nichts gehört. Schuld daran sind zum Teil die Eltern, weil sie dagegen nicht protestieren, aber auch die Schulvorstände, weil sie sich unter dem Drucke des Schulinspektors mit der Anstellung der lutherischen Lehrer einverstanden erklären.

Neuerdings teilt man uns mit, daß die Schulbehörde einer katholischen Schule einen lutherischen Lehrer aufdrängen wollte. Solches geschah in Mamlicz bei Bartschin. Zum Ruhme des Schulvorstandes in Mamlicz müssen wir hervorheben, daß er gegen die Aufdrängung eines lutherischen Lehrers war. In dieser Angelegenheit wird uns aus Mamlicz geschrieben:

Unsere Gemeinde ist polnisch, der Schulvorstand ist ebenfalls polnisch, nur ein Deutscher befindet sich in ihm. Wir haben hier auch eine zweiklassige katholische Schule. Dem Schulvorstande gehören an: der Lehrer Zodrow, der Ortsschulze Zakaszewski, die Wirte Rybczynski und Diminiczak, sämtlich aus Mamlicz, und Klinger aus Dombrowka. Vor einem Jahre wollte der Schulinspektor, der bekannte Herr Kempf, uns einen dritten Lehrer, einen Lutheraner, hersenden; wir waren aber damit nicht einverstanden und bekamen dann schließlich einen katholischen Lehrer, Herrn Doering. Dieser mußte sofort zum Militär gehen, und so handelte es sich wieder um die Besetzung dieser Stelle. Auch jetzt wollte Herr Kempf einen Lutheraner hersenden. Er berief deshalb durch Kurrende eine Sitzung zum 21. d. Mts. ein, wir wußten aber, um was es sich handelt, und deshalb erschien kein Schulvorstandsmitglied. Daraufhin erschien der Lehrer Zodrow mit einem Schreiben, das wir unterzeichnen und selbst einen dritten evangelischen Lehrer verlangen sollten. Außer dem Lehrer unterzeichnete das Schreiben von uns natürlich keiner (sehr recht! die Red.). Der Herr Inspektor gab jedoch seine Sache nicht für verloren und sandte uns allen durch die Post das nachstehende amtliche Schreiben zu:

Bartschin, 17. Oktober 1910.
Der Königl. Kreis-Schulinspektor.
J.-Nr. 1434.

(Es folgt der Wortlaut des Schreibens.)

Wir mußten nunmehr alle erscheinen; der Herr Schulinspektor suchte uns beinahe zwei Stunden lang davon zu überzeugen, daß wir mit seinem Projekte einverstanden sein müßten. Da er aber nicht imstande war, uns zu überzeugen, suchte er uns die möglichen Folgen unseres Widerstandes vorzustellen. Er meinte, die Regierung könne uns die Beihilfe, welche 600 M. beträgt, entziehen, wenn wir mit einem evangelischen Lehrer nicht einverstanden sein würden. Er sagte auch, daß an anderen Orten auch evangelische Lehrer amtierten. Sobald der Regierung ein katholischer Lehrer zur Verfügung stehen würde, werde sie einen hersenden.

Der Schulvorstand gab ihm daraufhin zur Antwort, die Regierung sei selbst schuld daran, wenn sie nicht genug katholische Lehrer habe, denn sie sende sie nach dem Westen. Aus diesem Grunde ließen die Katholiken ihre Söhne auch nicht Lehrer werden. Ein Schulvorstandsmitglied erklärte sogar, er würde seinen Sohn lieber Knecht werden lassen als Lehrer, denn der Knecht sei wenigstens ein freier Mensch, er könne wählen, wie er wolle, der Lehrer aber nicht, wie er das in der Zeitung von den Lehrern in Schlesien gelesen habe.

So konnte denn der Herr Inspektor nichts ausrichten, und der Schulvorstand ist überzeugt, daß er seine Pflicht so erfüllte, wie es Katholiken wohl zusteht. (Dafür gebührt ihm Anerkennung; möge sein Verfahren anderen Schulvorständen zum Muster dienen, damit sie in ähnlichen Fällen mit derselben Energie auftreten könnten. — Die Redaktion.)

Aus Nr. 244 des Lech (Gnesen) vom 27. Oktober 1910:

In Sachen des Hotel Europa.

Der Allgemeinheit unserer Stadt ist der Streit des Pächters des Hotel Europa, Herrn Bloch, mit der polnischen Gesamtheit, insbesondere mit den polnischen Vereinen bekannt. Herr Bloch hat sich hinter dem Rücken der polnischen Gesamtheit den Behörden gegenüber verpflichtet, seinen Saal zur Abhaltung polnischer politischer Versammlungen und polnischer politischer Vereine, wie dem Sokol- und Strasch-Verein, nicht herzugeben. Aus diesem Grunde beschloß man auch, die Lokalitäten des Herrn Bloch zu meiden. Trotzdem mieteten manche polnische Vereine zwecks Aufführung von Theaterstücken den Saal im Hotel Europa. Als Herr Bloch sah, daß in seiner Nachbarschaft ein deutscher Saal errichtet wurde, begab er sich zu den Vereinsvorsitzenden, und ersuchte sie, seine Lokalitäten hinfort nicht mehr zu meiden. In einer Versammlung der Vereinsvorsitzenden erklärte er ausdrücklich, daß er wie bisher, auch fernerhin seinen Saal zu politischen Versammlungen, auch dem Sokolvereine nicht hergeben werde. Angesichts dessen hatten die Vorsitzenden keinen Grund, ihren anfänglichen Standpunkt zu ändern und dem Publikum zu empfehlen, das Hotel Europa aufzusuchen.

Herr Bloch begab sich nun wieder zu den Vorsitzenden und ersuchte sie, ihren Standpunkt zu ändern, er versprach, seine Lokalitäten für alle polnischen Versammlungen zur Verfügung zu stellen. Weil aber Herr Bloch sein Versprechen mehrmals nicht hielt, entschloß man sich, die nächste Gelegenheit, d. h. die nächste politische Versammlung abzuwarten, um sich zu überzeugen, ob Herr Bloch den Saal zu dieser Versammlung hergeben werde und ob sein Versprechen, sich zu bessern, aufrichtig ist, ob es nur seine eigentlichen Absichten verdecken soll, ob er der Gesamtheit nur Sand in die Augen streuen will. Sobald Herr Bloch seinen Saal für die politische Versammlung hergibt, wird das ein Zeichen dafür sein, daß er gewillt ist, sein Versprechen zu halten; dann wird man seine Lokalitäten von polnischer Seite auch nicht mehr meiden.

So also verhält sich die Angelegenheit des „Hotel Europa." Es fanden sich Vereine, die, unbekümmert um den grundsätzlichen Standpunkt des Vereinsvorsitzenden, den Saal im „Hotel Europa" für theatralische Vorstellungen mieteten. Wir ersehen darin einen Bruch der Solidarität und erklären, daß wir für Vorstellungen im „Hotel Europa" so lange keine Reklame mehr machen werden, so lange wir gegen den jeweiligen Stand der Sache verpflichtet sind. Wir bitten daher die betreffenden Vereine, von uns keine Reklame zu verlangen, denn wir können keinerlei Ausnahme machen.

Wir brauchen nicht hinzuzufügen, daß wir uns hier von keinerlei Abneigung gegen diesen oder jenen Verein leiten lassen, es handelt sich uns lediglich um die Entscheidung der grundsätzlichen Seite des Streits um das „Hotel Europa." Die polnische Gesamtheit in Gnesen soll endlich erfahren, ob das Hotel ihr

Eigentum ist oder nicht, ob sie gegebenenfalls rücksichtslos auf dasselbe rechnen, oder ob sie die Position wenigstens augenblicklich als verloren betrachten kann.

Aus Nr 245 des Lech (Gnesen)
vom 28. Oktober 1910:

Schlimmer als der preußische Staatsanwalt verfuhr mit uns der Rechtsanwalt Herr Chlapowski aus Posen. Der preußische Staatsanwalt erhebt Klage nur gegen den verantwortlichen Redakteur des gegebenen Blattes, obwohl ihm sehr viel daran gelegen ist, so empfindlich wie möglich sowohl das Blatt selbst, wie seinen Redakteur zu bestrafen.

Es ist uns auch noch nicht vorgekommen, daß irgend ein Landsmann außer dem verantwortlichen Redakteur noch andere Redakteure vor die Schranken des Gerichts geschleppt hätte, selbst die schändlichsten Verkäufer haben ihren Haß gegen eine polnische Zeitung nicht so weit getrieben. Den Klägern, so weit sie noch einen Funken nationalen Schamgefühls besaßen, genügte es, daß das gerichtliche Urteil den tatsächlichen Stand der Sache dartat; es gab sogar solche, die, um der Zeitung keinen materiellen Schaden zuzufügen, die Prozeßkosten trugen. Anders der Rechtsanwalt Herr Chlapowski aus Posen als Vertreter des Herrn Direktors Sikorski. Es genügte ihm nicht, vor dem Gerichte die Schuldlosigkeit seiner Klienten nachzuweisen, er trachtet danach, den Verlag und die Redakteure so empfindlich wie möglich zu bestrafen, möglichst viel Strafen zu erzielen. Deshalb war er auch damit nicht zufrieden, dem verantwortlichen Redakteur den Prozeß zu machen, er erhob auch Klage gegen den Hauptredakteur unseres Blattes. Doch nicht genug damit. Um die Schuld des Hauptredakteurs zu beweisen, führte er als Zeugen an: den Verwalter des Verlages aus der Druckerei, den ersten Setzer und den Mitredakteur. Von diesen drei Zeugen soll das Gericht herausbekommen, daß der Hauptredakteur der Verfasser des inkriminierten Artikels ist.

Bis jetzt erachtete jeder Mensch die Offenbarung eines Redaktionsgeheimnisses als einen Vertrauensbruch, als eine Niederträchtigkeit; anderer Meinung dagegen ist der Rechtsanwalt Herr Chlapowski in Posen, wenn er die Mitarbeiter des Angeklagten als Zeugen zitiert und Redaktionsgeheimnisse verraten läßt. Als Rechtsanwalt wird er sich auch wohl darüber Rechenschaft geben, welche Folgen für die Zeugen daraus entstehen können. Nehmen wir an, die Zeugen verweigern die Aussage. In diesem Falle kann sie das Gericht mit Ordnungsstrafen belegen und sie auf Monate ins Gefängnis stecken. Wir können annehmen, daß auch dies in der Absicht des Herrn Rechtsanwalts Chlapowski liegt. Wenn es schließlich auch nicht so wäre, so entstehen doch durch das Herbeibringen zahlreicher Zeugen — Herr Chlapowski hat noch andere Zeugen angegeben — für unseren Verlag große Kosten.

Aus dem allen geht hervor, daß es Herrn Chlapowski nicht daran liegt, seine Klienten zu reinigen, sondern an der Erreichung einer möglichst hohen Bestrafung der Angeklagten und an der Schädigung unseres Verlages.

Bis jetzt ist uns kein anderer Fall bekannt, in dem ein polnischer Rechtsanwalt in ähnlicher Weise gegen eine polnische Zeitung gehandelt hätte. Nichts ist angesichts dessen der preußische Staatsanwalt, das preußische Gericht.

Wir haben leider keine entsprechende Instanz, um Herrn Chlapowski vor ihr zur Rechenschaft zu ziehen, deshalb bringen wir diese Angelegenheit vor die Öffentlichkeit, damit sie die ganze Gesamtheit erfahre. Wir werden auch dafür sorgen, daß die vorliegende Nummer des „Lech" in die Hände aller Kollegen des Herrn Chlapowski gelangt.

Aus Nr. 248 des Orędownik (Posen)
vom 28. Oktober 1910:

Ein neuer kaufmännischer Verein in Argenau.

Montag, den 24. d. Mts., abends 9 Uhr, ist auf Veranlassung des Kaufmännischen Verbandes im Saale des Herrn Firyn ein neuer kaufmännischer Verein in Argenau gegründet worden. Die Gründung des Vereins war mit außerordentlichen Schwierigkeiten verknüpft, aus dem Grunde, weil die Herren, die sich allgemeiner Unterstützung ihrer Gesamtheit erfreuen und für die kleineren Kaufleute ein Beispiel der Solidarität sein sollten, die ganze Sache boykottierten, bei den Verhandlungen durch Dickköpfigkeit störten — mit einem Wort dahin strebten, die Gründung des kaufmännischen Vereins in Argenau nicht zustande zu bringen. Ein Kaufmann, der die Versammlung einberief und seinen Namen unter die Einladung setzte, hielt es nicht für nötig, an der Versammlung teilzunehmen. So geringschätzend wurde die eigene kaufmännische Sache von den ersten Kaufleuten der Stadt Argenau behandelt! Trotzdem traten dem neugegründeten Verein — dank der Solidarität — 18 Mitglieder bei.

Das Referat „über die Notwendigkeit des Zusammenschlusses unseres Kaufmannsstandes" hielt Herr Gustowski aus Posen. Als Verbandsdelegierter nahm an der Versammlung Herr B. Wojkowski, Vorsitzender des kaufmännischen Vereins in Hohensalza, teil. Außerdem erschien auch als Repräsentant des kaufmännischen Vereins in Hohensalza Herr Plucinski. In den Vorstand des neugegründeten Vereins sind gewählt worden: Czerwinski — Mitinhaber der Firma Bazar in Argenau — zum Vorsitzenden, Marszewski zum Schriftführer und Milewski zum Schatzmeister. Das Eintrittsgeld beträgt 2 Mark, das von den Mitgliedern gleich entrichtet wurde. Die Höhe des Monatsbeitrags wurde auf 75 Pfennige festgesetzt. Der Verein trat dem Verbande der kaufmännischen Vereine bei und führte das Pflichtabonnement des „Kupiec" für alle seine Mitglieder ein. Als außerordentliches Mitglied wurde auch Vikar Rychlewski eingeladen, der in heißen Worten zum Zusammenschluß und zur Einigkeit der Kaufleute aufforderte. Er bedauerte die traurigen Verhältnisse, die unter den Kaufleuten in Argenau herrschten, und den Antagonismus, der zwischen den Fach- und Nichtfachkaufleuten bestünde. Redner hoffte indes, daß durch den neuen Verein die Verhältnisse sich ändern, und mit der Zeit sich alle die Bruderhand zur gemeinsamen, friedlichen und nützlichen Arbeit zur Hebung unseres Handels und unserer Industrie reichen würden.

Zum Schluß spornte der Delegierte Wojkowski mit heißen Worten zu Beiträgen für die „Bratnia Pomoc" (Verein „Bruderhilfe") an, die vom kaufmännischen Verband vor zwei Jahren ins Leben gerufen wurde, und die deswegen gegründet wurde, um die kaufmännische Jugend bei ihrer beruflichen Ausbildung zu unterstützen. Es wurden für diesen Zweck 10,50 Mark gesammelt.

Dem neu gegründeten Verein wünschen wir ein erfolgreiches Wachstum und hegen die Hoffnung, daß gerade deswegen, weil er unter solch schwierigen Verhältnissen gegründet wurde — er sich langsam aber ständig entwickeln werde. An diejenigen Fachkaufleute, die dem neugegründeten Verein nicht beigetreten sind

und dieser Angelegenheit ihre Nichtachtung bewiesen haben, appellieren wir, dem Verein und dem Vorstand beizutreten und ersteren so zu leiten, daß durch ihn eine allgemeine Eintracht und ein allgemeines Verständnis unter dem Kaufmannsstande in Argenau einkehren werden. Unsere kaufmännischen Vereine können nur dann prosperieren und für ihre Mitglieder erfolgreich wirken, wenn ihnen alle Kaufleute angehören und in ihnen gemeinsam tätig sein werden.

Aus West- und Ostpreußen.

Aus Nr. 129 der Gazeta Grudziądzka vom 27. Oktober 1910:

Zu der Nachricht in der deutschen Presse, daß die

Enteignung

beantragt sei, schreibt die Gazeta Grudziondzka:

Die Gazeta Grudziondzka glaubt an diese Nachricht auch nicht. Das ist nichts andres als eine Zeitungsente, die zu dem Zwecke losgelassen wird, um die Regierung zur Anwendung des Enteignungsgesetzes zu drängen. Die Hakatisten werden noch lange auf das Enteignungsgesetz blicken, wie jener Fuchs in der Fabel auf die Weintrauben, die ihm zu hoch hingen. Vielleicht werden sie sich auch einst wie jener Fuchs trösten, indem sie sich sagen, daß jene Weintrauben, die Enteignung, noch zu sauer sind.

Aus Nr. 130 der Gazeta Grudziądzka (Graudenz) vom 29. Oktober 1910:

Zu der

Enteignungsfrage

schreibt die Gazeta Grudziondzka u. a.:

Die polnische Fraktion hat sich deshalb an der Finanzreform beteiligt, weil sie wußte, daß wenn sie es nicht tut, noch mehr Lasten auf die Schultern des arbeitenden Volkes gewälzt werden würden. Ferner deshalb, weil es sich um die Zertrümmerung des Blocks gehandelt hat, der im Reichtage das erste antipolnische Gesetz beschlossen hat, und derartige antipolnische Gesetze auch in Zukunft beschlossen haben würde.

Die Rücksicht auf das Enteignungsgesetz konnte auf die Entschließung der polnischen Abgeordneten im Reichstage nicht von Einfluß sein, denn in solchem Falle hätte die deutsche Regierung die polnischen Abgeordneten fortwährend zur Nachgiebigkeit und zur Annahme von für die Gesamtheit ungünstigen Gesetzen zwingen können, wenn sie mit der Enteignung drohte. Weder damals kam die Enteignung in Betracht, noch in Zukunft werden die polnischen Abgeordneten auf die Enteignung Rücksicht nehmen können, da in solchem Falle ihre Tätigkeit für die polnische Gesamtheit in hohem Grade schädlich werden könnte.

Sehr berechtigt und sehr richtig ist aber die Erwähnung, daß die polnischen Stimmen trotz ihrer geringen Zahl auch in Zukunft große Bedeutung haben können.

Das muß sich die polnische Gesamtheit ins Gedächtnis rufen.

Namentlich müssen die polnischen Wähler, muß die polnische Gesamtheit dafür sorgen, daß bei den kommenden Wahlen zu Abgeordneten erfahrene und solche Männer gewählt werden, die in Berlin ständig wohnen und die Abgeordnetenarbeiten eifrig wahrnehmen wollen und können. Denn wenn in Berlin nicht erfahrene und solche Abgeordnete arbeiten werden, die ihre Pflichten ständig wahrnehmen, dann wird die polnische Fraktion nichts bedeuten, und die polnische Gesamtheit kann in Zukunft vielleicht von noch schwereren Schlägen heimgesucht werden.

Möge das polnische Volk vor allem das bedenken, denn an seinem Fell kann sich alles am meisten fühlbar machen.

Aus Nr. 250 der Gazeta Toruńska (Thorn) vom 29. Oktober 1910:

Die polnische Nationalblume.

Vor nicht langer Zeit haben wir in unserem Blatt einen Artikel des Leutnants Leo Bernardin unter dem Titel „die polnische Blume“ veröffentlicht, der in der französischen Monatsschrift Marches de l'Est erschienen war. Dieser Artikel hat in der von dem Verein ehemaliger Schüler der polnischen Schule in Paris herausgegebenen Monatsschrift Bulletin polonais ein sympathisches Echo gefunden. Wir lesen in der Oktobernummer dieses Blattes, Seite 306/7: „Herr Bernardin schlägt als polnische Nationalblume das **Maiglöckchen** vor. — Auch wir erklären uns ebenfalls dafür, indem wir hinzufügen, daß das Maiglöckchen die Lieblingsblume des Kasimir Brodzinski*) war.“

Aus Nr. 130 des Pielgrzym (Pelplin) vom 29. Oktober 1910:

Die Gazeta Grudziądzka und das Verschachertum

überschreibt sich ein Artikel des Pielgrzym, in dem es hinsichtlich der in Nr. 125 der Gaz. Grudz. vom 18. Oktober 1910 veröffentlichten Kaufofferte (s. Ges.-Üb. Nr. 43 v. 1. 11. 10 S. 1085) heißt:

Wie soll sich da das Verschachertum bei uns nicht wie eine Seuche verbreiten, wenn es, wie sich aus obiger Offerte jeder überzeugen kann, Vermittler in der polnischen Presse findet!

Was sagt der Herr Abgeordnete Kulerski dazu? Ein solches Geschäftsgebahren verdient die schärfste Verurteilung. Man kann nicht gleichzeitig **dem Vaterland und seinen Feinden dienen,** wenn letztere auch den höchsten Preis für derartige „Verfuchungs-Offerten“ zahlen sollten. Mit einer solchen Doppelzüngigkeit wird die Gaz. Grudz. keine Charaktere, sondern Verschacherer und Geschäftsleute erziehen, die, was die Verschacherung des vaterländischen Bodens anlangt, ein Schandfleck der Gesamtheit sind. Mögen mehr Aufrichtigkeit und gute Beispiele von oben her kommen, dann wird bei uns auch unten der Unrat verschwinden.

Aus Nr. 131 des Pielgrzym (Pelplin) vom 1. November 1910:

Zu der in deutschen Blättern erörterten Frage der

Ansiedlung loyaler Polen

durch die Regierung schreibt der Pielgrzym:

Zweifellos werden sich auch andere hakatistische Blätter mit diesem neuen hakatistischen Projekt befassen. Ob aber die preußische Regierung mit der Ansiedlung von Polen, und wären es auch die treuesten Untertanen, einverstanden sein wird, das ist eine große Frage. Sie würde jedenfalls eine Polonisierung der deutschen Ansiedler durch die polnischen Ansiedler befürchten.

---

*) Polnischer Lyriker.

Aus Nr. 131 des Pielgrzym (Pelplin) vom 1. November 1910:

Warnung!

Die Umgegend von Stendsitz in der Kaschubei besuchte in diesen Tagen ein W. Zielinski aus Danzig in Gesellschaft eines Kulizek, um in den Häusern Bücher „Żywoty Świętych Pańskich“ (Lebensgeschichte der Heiligen) zu verkaufen. Dem Herrn Propst aus Stendsitz hat er eine schriftliche Empfehlung der „Żywoty Świętych Pańskich“ und der „Ofiary Mszy św.“ (Die Opfer der hl. Messe) abgeschmeichelt, indem er ihm entsprechende Ausgaben von Karl Miarka in Nikolai vorlegte. Dagegen haben sie den Leuten die von der Firma Otto Thoma in Stuttgart in Württemberg gedruckte „Żywoty“ verkauft. Weil sie dabei den Leuten vorreden, daß ein Teil des Kaufgeldes für den Bau irgend einer Kirche sowie für hl. Messen verwendet wird, was selbstverständlich nicht wahr ist, wird vor diesen Leuten als Betrügern gewarnt. Sie hatten eine Menge schriftlicher Empfehlungen von verschiedenen Pröpsten.

Aus Nr. 14 der Nasza Gazeta (Pr. Stargard) vom 1. November 1910:

Aus der Diözese.

Mit wirklicher Befriedigung haben wir in der Nasza Gazeta die Nachricht aus Rom gelesen, daß der hl. Vater infolge der herrschenden Teuerung allen seinen Beamten das Gehalt um 25 Prozent hat erhöhen lassen.

Es ist daraus zu ersehen, wie praktisch und gerecht der hl. Vater Pius X. ist. Seinem Beispiel müßten auch die Herren Bischöfe folgen und das Einkommen ihrer Priester erhöhen. Doch in unserer Kulmer Diözese ist für gewisse Priester (Vikare) kein Verständnis für die Einkommensfrage vorhanden.

Das Einkommen der Domherren ist vor einigen Jahren bedeutend erhöht worden. Auch das Einkommen der Pröpste ist von der Regierung erhöht worden. Und auch die Nebeneinnahmen sind mit der Zeit gewachsen. Die Propsteien bringen viel mehr Pacht, das gewöhnliche Volk läßt sich heute nach herrschaftlicher Art beerdigen, aber die Einnahmen der Vikare sind auf derselben Höhe verblieben, hierin hat sich seit 40 Jahren nichts geändert. Seiner Zeit wurde in den Zeitungen darüber geschrieben, es seien Anträge bei den Dekanatskongregationen eingereicht worden, aber so wie zu Zeiten des verstorbenen Domherrn Lüdtke, so ist auch jetzt kein Wohlwollen zu erblicken.

Die Herren Vikare, zumeist Polen, die 10, 15 Jahre und schon länger im Amt sind, fühlen das sehr. Die Wohnung ist elend, mitunter nur ein ziemlich kleines Stübchen (z. B. in Pr. Stargard), das Einkommen nicht ausreichend und die Umzüge, die mitunter im Jahre mehrmals stattfinden, müssen aus eigener Tasche bezahlt werden. Das tut kein Beamter, denn dafür ist ein Fonds da, aus dem er entschädigt wird.

Der hl. Vater Pius X. hat ein so schönes Beispiel gegeben, wie gerecht und großmütig man seinen Untergebenen gegenüber sein muß, wird denn jetzt auch unsere bischöfliche Behörde diesen beweinenswerten Zustand ändern? Das liegt in ihrer Hand, sie hat dazu die Handhabe, wenn sie sich nur etwas mehr um andere kümmern möchte. Möge es auch den Herren Vikaren gut gehen, und besonders den älteren und den Polen, damit sie sich nicht nach einer Propstei von Regierungs Gnaden umzusehen brauchten!

Wenn die Regierung die Bitte der Herren Bischöfe um Normierung der Einkommensverhältnisse der Herren Vikare abgelehnt hat, dann möge es die Diözese selbst tun, soweit es in ihren Kräften steht. Unser seiner Opferwilligkeit wegen bekanntes Volk wird gern dazu beitragen, es bedarf nur einer Anregung von oben her.

X (Abkürzung für Geistlicher).

Aus Nr. 129 der Gazeta Gdańska (Danzig) vom 27. Oktober 1910:

Öffentliche Frage an die Landsleute in Schwetz.

In der Angelegenheit des Herrn Pfarrers und Professors Retzlaff erhalten wir von einem verdienten Geistlichen folgendes Schreiben:

Längere Zeit schon hat, ähnlich wie die Czenstochauer Angelegenheit ganz Polen, die sehr schmerzliche Angelegenheit der mit der Priesterwürde nicht zu vereinbarenden Machinationen des Kandidaten auf die Propststelle in Schwetz die Diözese erschüttert. Seit Wochen schon ist der bischöflichen Behörde in Pelplin das ganze Material, das den Pfarrer und Religionslehrer Retzlaff in Schwetz außerordentlich schwer belastet, eingehändigt worden. Aber es ist noch nichts zu hören, daß sich die bischöfliche Behörde mit dieser sehr brennenden Frage ihrerseits schon ernstlich befaßt hätte. Dagegen hört man unter den Geistlichen in Pelplin, daß die bischöfliche Behörde den Ausgang eines Zivilprozesses wegen Beleidigung abwartet, den der beschuldigte Pfarrer gegen die Ankläger erhoben hat, und sich danach richten wird.

Man hat sich häufig überzeugt, daß wenn es sich bei einem polnischen Geistlichen um bedeutend geringere Sachen, mitunter um eine Bagatelle handelt, gleich Befehle und Termine wie aus einem Füllhorn regnen, dagegen bei diesem so sehr beschuldigten deutschen Priester ist alles ruhig, obwohl schon Monate vergangen sind. Ein beim Herrn Bischof beschuldigter Geistlicher erteilt sogar den Schülern noch weiter Religionsunterricht, darum gestatten wir uns, die Landsleute in Schwetz öffentlich zu fragen: ob die bischöfliche Behörde tatsächlich schon Zeugen vernommen und ob sie schon einen Termin angesetzt hat, um das Messer an das Geschwür zu legen?

X Y Z.

Aus Nr. 129 der Gazeta Gdańska (Danzig) vom 27. Oktober 1910:

Deutsche Angelegenheiten, die uns auch angehen.

Vor kurzer Zeit fand in Breslau ein Zentrumsparteitag statt. Es wurden dort Reden über Politik gehalten, und nicht nur über die allgemeine Lage im deutschen Reiche, sondern gleichzeitig auch über das Verhältnis zu den Polen. Aufmerksamkeit verdienen die Worte eines Zentrumsführers, des Fürsten Lichtenstein, der von den Polen gesagt hat,

daß, je mehr es ihnen gelingt, die radikalen Elemente in ihren eigenen Reihen weiter zurückzudrängen, um so leichter auch die vernünftigen Elemente unter den Konservativen den Hakatismus würden bekämpfen können.

Die polnischen Blätter erwidern sehr richtig hierauf, daß wir alle die beste Absicht zum Frieden mit den Deutschen haben zum Zwecke der Bekämpfung des Hakatismus, daß wir uns aber nicht damit einverstanden erklären können, daß man die Verteidigung unserer Nationalität Radikalismus nennt, wie es verschiedene Zentrumsblätter tun. Wir Polen wollen alles vermeiden, was den Hakatisten zu unserer Verfolgung Wasser auf die Mühle lieferte, aber wir können uns damit nicht einverstanden erklären, daß diese Freunde, die uns angeblich wohlwollen, unter dem Deckmantel der Bekämpfung des Hakatismus unser polnisches Leben, unsere polnischen Vereine usw. ersticken, wie es das Westpreußische Volksblatt z. B. tut, und daß sie das polnische Volk mit Gewalt in deutsche Vereine hineinziehen.

Eine andere Sache, die auch uns Polen interessieren kann, sind die schmerzlichen Klagen eines Führers des Liberalismus, des früheren Pastors Naumann über den Verfall des Liberalismus. Pastor Naumann schreibt in einem Blatt, daß die liberale Partei völlig verschwinden wird, wenn ihre Führer nicht mehr wie bisher am Volke arbeiten, wenn sie nicht Versammlungen zur Belehrung der Wähler über die gegenwärtige Lage veranstalten würden. Pastor Naumann hat Recht, daß die liberale Partei immer mehr zusammenschmilzt, denn wo irgend ein Reichstagsabgeordneter gewählt wird, wird an Stelle des Liberalen ein Sozialdemokrat gewählt. Wenn das so weiter geht, dann werden die künftigen Reichstage auf der einen Seite Konservative, Zentrumspartei und Polen als christliche Parteien und auf der andern Seite fast nur Sozialdemokraten haben. Es hat sehr den Anschein, daß es wahrscheinlich so kommen wird.

Aus Nr. 14 der Nasza Gazeta (Pr. Stargard) vom 1. November 1910:

Der Hemmschuh in der Entwicklung der Volksvereine.

Unsere Volksvereine stellen schon eine bedeutende Macht und ein hervorragendes Gegengewicht gegen die Germanisierung sowie Lutheranisierung und gegen die Ansteckung durch den umstürzlerischen Sozialismus dar. Es ist aber einleuchtend, daß sie für unsere Verhältnisse eine noch einmal so große Macht darstellen könnten, denn wie viele viele Parochien haben noch keinen Verein, und viele von den schon bestehenden Vereinen umfassen nicht so viele Polen, als es möglich wäre.

Ein sehr wichtiger Hemmschuh in der Entwicklung dieser unserer Volksvereine ist der **Mangel einer allgemeinen Sterbekasse.**

Es mehren sich fortwährend Klagen darüber, daß durch das Verziehen nach einer anderen Parochie ganz oder teilweise das Recht auf die Sterbekasse verloren geht. Und damit müssen wir doch aber rechnen, daß in unseren Gegenden solche Umzüge sehr häufig stattfinden. Also sehr häufig entsteht diese Mißstimmung infolge des Verlustes dieser Rechte.

Die Sterbeunterstützungen sind zwar nicht der Zweck unserer Vereine, aber sie sind ein sehr wichtiges Mittel zur Erreichung des Zieles. Und dieses Mittel dürfen wir nicht aus dem Auge lassen, und jetzt um so mehr nicht, wo die Gelüste der katholischen Germanisatoren wachsen. Es entstehen immer mehr deutsch-katholische Volks- und andere Vereine. Diese unterstützt die Regierung, die deutschen Geistlichen unterstützen sie, und auf Kommando auch die Deutschen. Das ist ein wichtiger Grund, um alle der Entwicklung unserer polnisch-katholischen Vereine entgegenstehenden Hindernisse aus dem Wege zu räumen. Wir müssen das vor allen Dingen deswegen machen, als das Einfangen der katholischen Polen dadurch bedeutend erleichtert wird, daß unser polnisch-katholisches Volk zum Teil immer noch nicht den Unterschied zwischen einem Polen und einem Katholiken kennt.

Unser Volk hält zum Teil schon den für einen Polen, der die katholische Kirche besucht — und das genügt doch nicht. Ein aufrichtiger und wirklicher Pole ist nur der, der außer der Erfüllung der kirchlichen Pflichten zu Hause selbst und öffentlich polnisch spricht, sowie seine Kinder polnisch sprechen, denken und fühlen lehrt. Wer selbst polnisch spricht, seine Kinder aber verdeutschen läßt, der ist kein Pole, der ist ein Ausrotter des Polentums. Doch kehren wir zum Thema zurück.

Den erwähnten Hemmschuh zu entfernen, ist eine der größten und ersten Aufgaben, die der Verband der Volksvereine erfüllen muß. Diese Angelegenheit ist nicht etwa neueren Datums, denn der Verband befaßt sich schon seit längerer Zeit damit. Die Verhandlungen zerschlagen sich vor allem an der Frage: Woher die Mittel dazu nehmen?

Ein Feld ist bei uns noch garnicht beackert — und zwar das der **Nationaltelegramme** und der **Nationalmarken**. Wir kennen sie, gewiß, wir verwenden sie auch ziemlich häufig — aber der Gewinn fließt nicht unseren nächsten Bedürfnissen zu, sondern fließt nach dem Posenschen, oder noch weiter. Könnte der Verband der Volksvereine nicht diesen Acker bestellen und die Früchte von ihm einernten, um dann mit einer, wenn auch nur kleinen Erhöhung der Verbandsbeiträge, diesen immer häufiger ausgesprochenen Wunsch unseres Volkes zu verwirklichen? Es scheint uns, als wenn die Möglichkeit besteht, und am guten Willen wird es wohl nicht fehlen.

Aus Nr. 87 des Mazur (Ortelsburg) vom 30. Oktober 1910:

Wir erfahren, daß die

masurische Bank

diejenigen Blätter gerichtlich zu verfolgen beabsichtigt, die sie in unerlaubter Weise angreifen.

Aus Nr. 129 der Gazeta Olsztyńska (Allenstein) vom 1. November 1910.

Plaudereien des Hänschen aus der Kozionkier Gegend.

Unter dieser Überschrift bespricht die „Gazeta Olsztynska" im Anschluß an die in der Nr. 43 des Gesamtüberblicks vom 1. 11. 10, Seite 1074 veröffentlichten „Plauderei" usw. über das Ableben Luthers einen Artikel des in Königsberg erscheinenden „Pruski Przyjaciel Ludu" über die katholische Religion.

Der Artikel schließt:

Übrigens höret, Masuren von Königsberg bis Lötzen. Wenn einer von Euch mir die Namen derjenigen „mancher Geistlichen in Rom" nennt, die es haben wollen, daß auch zu unseren Zeiten „gesegnete Scheiterhaufen" (zur Verbrennung Evangelischer) brennen, der erhält von mir sage und schreibe 10000 M. Möge er sich nur bei der „Gaz. Olszt." melden.

Martin Luther hat der eigenen Mutter geraten, katholisch zu sterben, und hier schwatzt der „Pruski Przyjaciel“ von „geistigen Qualen, schlimmer als der Tod“, die den in Mischehe Lebenden von den römischen Priestern auf dem Todesbett verursacht werden. Das sind recht „lutherische“ Lügen! Das nächste Mal mehr. Das Hänschen aus der Kozionkier Gegend wünscht, daß in jedem katholischen Hause in Ermland seine Plaudereien gelesen werden. Gleichzeitig bittet er, **daß auch die protestantischen Masuren in Masuren aufgeklärt und ihnen die Augen geöffnet werden,** in welch gemeiner Weise der „Pruski Przyjaciel“ aus Königsberg sie belügt.

Ein wirklicher Volksfreund,
Hänschen aus der Kozionkier Gegend.

Aus Nr. 130 der Gazeta Gdańska (Danzig) vom 1. November 1910:

Aus der Fremde.

Der in Herne in Westfalen erscheinende „Narodowiec“ fordert die Landsleute auf, die Stadtverordneten unter der polnischen Losung zu wählen.

Wir haben den Mut, zu erklären, daß wir die Ausgabe polnischer Losungen bei den Stadtverordnetenwahlen in der Fremde für einen großen politischen Fehler halten.

Dadurch gewinnt unsere Sache nichts, daß wir dort in Herne oder Dortmund einen polnischen Stadtverordneten wählen, dagegen wird das immer ein Keil sein, der die gesunde Entwicklung der sozialen Verhältnisse zwischen den Polen und Deutschen hindern wird.

Wir erklären uns bei dieser Gelegenheit gleichzeitig entschieden dagegen, bei den Wahlen zum Reichs- oder Landtage für einen Polen zu stimmen, wenn dadurch die Gefahr entsteht, daß ein Liberaler oder ein Sozialdemokrat auf Kosten der Zentrumspartei gewählt wird, und solcher Wahlkreise gibt es im Rheinland oder Westfalen zwei oder drei.

Es ist ja wahr, daß durch das Abstimmen für polnische Abgeordnetenkandidaten unsere polnische Sonderstellung in der Fremde gestärkt wird, aber die Losung: lieber für einen Polen stimmen, obwohl anstatt eines Christen ein Liberaler oder ein Sozialdemokrat gewählt werden sollte, verdunkelt im polnischen Volk die gesunde Ansicht über die Pflichten gegenüber der katholischen Sache nach außen hin. Das war das eine, und das andere: infolge einer solchen Stellungnahme der polnischen Wähler wird die Entrüstung im Zentrumslager gegenüber den Polen in der Fremde vertieft. Die Bischöfe und Priester, die jetzt schon die polnische Seelsorge in unerträglicher Weise erschweren, werden dann um so mehr Vorwände haben, um behaupten zu können: „Man muß den Polen die polnische Seelsorge nach Möglichkeit erschweren, denn damit wird ihnen die großpolnische Agitation erschwert.“

Das muß einmal offen ausgesprochen werden. Dadurch, daß bei den Wahlen nicht für einen Polen, sondern für einen Zentrumsmann gestimmt wird, um ihn zum Siege zu verhelfen, verliert die polnische Nationalität nichts, aber jeder denkende Landsmann kennt schon an Beispielen die ungeheuren Verluste, die wir durch die Verdeutschung unserer Landsleute mit Hilfe der Kirche erleiden.

Es ist aber selbstverständlich, daß dort, wo es sich um die Verteidigung unserer wirtschaftlichen Interessen handelt, unsere nationale Sonderstellung durchaus geboten ist, wie bei den Knappschaftswahlen z. B. Möge das den Sozialdemokraten und den Zentrumsleuten nicht gefallen, aber die Berechtigung zu einer derartigen Stellungnahme können sie uns nicht absprechen.

Aus Oberschlesien.

Aus Nr. 252 des Górnoślązak (Kattowitz) vom 1. November 1910:

„Eine erfreuliche Erscheinung“

nennt es die hakatistische „Schles. Ztg.“, daß in Süddeutschland der „Mannheimer Generalanzeiger“ über die polnische Bevölkerung herfällt, die gegenwärtige polenfeindliche Politik lobt und ihre schärfste Durchführung verlangt. Bis jetzt hielt man sich in Süddeutschland von der preußischen polenfeindlichen Politik bis zu einem gewissen Grade fern, man befaßte sich wenig mit ihr, und von Zeit zu Zeit fand sich manche ehrliche deutsche Stimme, die diese Politik verurteilte.

Die „Schles. Ztg.“ bedauerte dies in Hunderten, wenn nicht gar in Tausenden ihrer polenfresserischen Artikel, heute zittert sie vor Freude in ihrer ganzen hakatistischen Seele, daß sie die Ansicht des „Mannheimer Generalanzeigers“ anführen und sich darauf berufen kann, daß die Hakatisten, was sie tun, gut tun. Jener Generalanzeiger schreibt u. a.:

(Rückübersetzung.)

„Die polnische Frage wird heute in Süddeutschland nicht mehr als eine nur preußische Frage, sondern als eine von den großen, allergrößten allgemeinen deutschen Fragen angesehen. Die preußische polenfeindliche Politik ist ein großer, wirtschaftlicher, organisierter Kampf um die Erhaltung des von deutscher Kultur durchdrungenen Landes, und heute versteht man schon in Süddeutschland sehr gut, daß die so verstandene polenfeindliche Politik ihre harten und eisernen Konsequenzen haben muß. Heute ist Süddeutschland, soweit es nicht ultramontan oder sozialdemokratisch ist, bereit, die preußische polenfeindliche Politik materiell und moralisch, politisch in der Presse und im Reichstage zu unterstützen.“

Soviel der „Mannheimer Generalanzeiger“.

Die „Schles. Ztg.“ hat diesen Artikel natürlich mit besonderem Vergnügen abgedruckt, und ihre hakatistische Haut zittert, wie wir schon gesagt haben, vor Lust und Freude.

Wir erwidern ihr zunächst, daß der „Mannheimer Generalanzeiger“ ein nationalliberales Organ ist, und die Nationalliberalen sind, ob in Süd- oder Westdeutschland, alle von derselben Münze und aus demselben politischen Lehm zusammengeleimt. Es nimmt daher niemanden wunder, daß irgendwo in Süddeutschland ein nationalliberales Wischblatt einen polenfresserischen Ton anschlägt. Dieselben Nationalliberalen schnatterten, als die Diskussion anläßlich der päpstlichen Borromäus-Enzyklika in Fluß war, und sie werden heute und stets schnattern, wenn es sich um die polnische Bevölkerung handelt. Und eben dies ist wieder ein Beweis, daß sie Feinde der katholischen Kirche und des Polentums sind. Wenn wir hierzu ihre feindliche Gesinnung für die Arbeiter, für die Arbeitersache, überhaupt für jede nach bürgerlichen Freiheiten gerichtete Bewegung hinzufügen, so werden wir das ganze moralische Elend dieser nationalliberalen Elemente erhalten, von denen die ehrlichen Deutschen selbst sagen,

daß dies eine Partei ohne politische Wirbelsäule sei, die früher oder später unter die politischen Bettler gehen muß.

Diese „politischen Bettler" mögen sich die preußischen Polenfresser behalten, mögen sie sich ihrer freuen und sich an ihnen entzücken, denn es unterliegt keinem Zweifel, daß der preußische Hakatismus, namentlich der nach Art der Schles. Ztg., ebenfalls früher oder später unter die politischen Bettler gehen wird. Dieser Hakatismus wurde schon von der ganzen ehrlichen zivilisierten und kultivierten Welt verurteilt, er wird in den Augen der ehrlichen Deutschen immer häßlicher und geht seinem politischen Bankerott entgegen. Dies fühlt auch die Schles. Ztg., sie greift also nach dem ersten besten „Wischblatt", und wäre es aus Süddeutschland, um die ganze Nacktheit der schamlosen Untugend ihres polenfresserischen und dem Verfall entgegengehenden Hakatismus zu verhüllen.

Die gegenwärtige polenfeindliche Regierungspolitik kann noch eine gewisse Zeit, vielleicht noch lange Zeit dauern, aber von allen Seiten — natürlich solchen, die vom Hakatismus nicht angesteckt sind — wird ihr schon heut ein trauriger Niedergang und ein trauriges Ende vorausgesagt.

Den Deutschen machen heut ihre eigenen Angelegenheiten genug zu schaffen. Gab es doch eine solche Verwirrung und einen solchen Galimathias, wie er heut in Deutschland herrscht, schon lange nicht. Der Reichskanzler selbst klagt in seinem Leibblatt über die sich „türmenden Berge der Entrüstung und Verbitterung". Die Hakatisten mit ihrer antipolnischen Hetze tragen ihm auf diese „Berge" ebenfalls immer mehr neues Material zu.

Wir Polen leben sonderbarerweise trotz unserer schwierigen Lage, trotz des hakatistischen Geschreis, Gott hilft uns sonderbarerweise, und sonderbarerweise finden wir in uns noch Mittel, um alle diese uns treffenden Schläge und Angriffe abzuwehren. Der Reichskanzler jammert zwar über die „Berge", aber bis jetzt hat er kein Mittel angegeben, diese „Berge" zu beseitigen. Die Hakatisten haben es ihm auch nicht angegeben. Dagegen haben die Sozialdemokraten bereits ein Mittel gegen die hakatistischen Nationalliberalen nach Art der Schles. Ztg. und des Mannheimer Generalanzeigers gefunden; denn sie nehmen ihnen ein Mandat nach dem andern weg und kündigen ihnen an, daß sie sie bei den nächsten allgemeinen Reichstagswahlen so durchsieben und durchhecheln werden, daß die hakatistischen Nationalliberalen nichts zu lachen haben werden.

Das Glück wechselt. Die Hakatisten kündigen uns in der Presse und im Reichstag einen Kampf auf Leben und Tod an, die Sozialdemokraten aber packen sie — natürlich nicht aus Wohlwollen zu uns — kräftig an die Schultern und nehmen ihnen in der Tat den Grund unter ihren Füßen weg.

Aus Nr. 131 des Katolik (Beuthen O.-S.)
vom 1. November 1910:

Die Enteignungsfrage.

Bekanntlich besteht in Preußen ein von dem preußischen Landtage gegebenes Gesetz, welches der Regierung gestattet, die Polen im Posenschen und in Westpreußen ihres Landbesitzes zu enteignen. Bis jetzt wurde indes von diesem Gesetz praktisch kein Gebrauch gemacht, worüber sich die Hakatisten den Kopf zerbrechen und von Zeit zu Zeit die Anwendung dieses Gesetzes scharf fordern.

Ein Wiener Blatt ließ sich in diesen Tagen in mehreren Nummern ausführlich darüber aus, weshalb die preußische Regierung die Polen nicht enteigne. Dieses Blatt schrieb dies sozusagen zur Verteidigung der Polen und aus Wohlwollen zu ihnen. In der letzten Nummer behauptete dieses Blatt, der österreichisch-ungarische Minister der auswärtigen Angelegenheiten Graf Ährenthal habe einige polnische österreichische Abgeordnete vertraulich in Kenntnis gesetzt, daß der deutsche Reichskanzler Herr von Bethmann Hollweg zugesagt habe, das Enteignungsgesetz werde, so lange er Reichskanzler sein werde, nicht zur Anwendung gelangen.

Eine solche scheinbare Verteidigung der Polen durch jenes Wiener Blatt wird den Polen in Preußen keinen Nutzen bringen, sie kann ihnen aber schaden. — Die preußischen Hakatisten wittern sowieso schon, daß die Polen infolge des Drucks seitens Österreichs nicht enteignet werden; es heißt, die Polen in Österreich drohen mit einem Widerstand gegen die dortige Regierung für den Fall, daß die Polen in Preußen enteignet werden würden, und darunter könnte das österreichisch-deutsche Bündnis leiden. Die preußischen Hakatisten grollen daher der preußischen Regierung, weil sie erlaubt, daß sich Österreich in innere preußische Angelegenheiten einmischt, und sie fordern die Enteignung der Polen desto nachdrücklicher.

Solche Stimmen nun, wie sie jenes Wiener Blatt erhebt und verbreitet, verbittern die preußischen Hakatisten desto mehr, und sie können es fertig bringen, die preußische Regierung und den Reichskanzler von Bethmann Hollweg solange anzugreifen, bis dieser, um Ruhe zu haben, die Polen enteignen heißen wird. — Aus diesem Grunde ist eine Verteidigung der Polen, wie sie das Wiener Blatt betreibt, schädlich, wenn sie auch einem guten Gefühl für uns entspringt.

Uns scheint es, daß die preußische Regierung einzig aus Rücksicht auf die Schwierigkeiten, die sich von allen Seiten rings um die Regierung türmen, die Polen nicht enteignet. Die gegenwärtigen Verhältnisse im preußischen und deutschen Staate sind ziemlich gespannt, es ist genug Unzufriedenheit, es sind genug Steuern, Lasten, Teuerungen, Sozialisten usw. vorhanden, und diese Unzufriedenheit braucht wohl durch die Anwendung des Enteignungsgesetzes nicht vermehrt zu werden. Dies scheint unseres Erachtens die Ursache zu sein, weshalb man die Polen vorläufig nicht enteignet. Die Rücksicht auf Österreich scheint hierbei überhaupt nicht in Frage zu kommen.

Aus Nr. 127 der Gazeta Opolska (Oppeln)
vom 29. Oktober 1910:

Deutscher Gesang polnischer Kinder bei der hl. Messe.

In der Dienstagnummer unseres Blattes brachten wir einen Brief aus einer Parochie, in welchem über die Einführung des deutschen Meßgesanges polnischer Kinder in einer Filialkirche geklagt wird.

Ähnliche Klagen und Beschwerden gab es schon und könnte es auch jetzt noch mehr geben, denn die Einführung dieser Art Germanisation durch die Kirche ist leider eine sich fortwährend wiederholende Tatsache. Mit Recht wird also die Frage aufgeworfen: Wer ist der Urheber dieses?

Ohne Zustimmung des Pfarrers kann in der Kirche bei den Andachten weder etwas geändert, noch etwas Neues eingeführt werden. Dort also, wo deutscher Gesang bei Schulmessen besteht, konnte er in

die Kirche nur mit Zustimmung des gegenwärtigen Pfarrers der Parochie oder seines Vorgängers gelangt sein.

Jedoch scheint es uns, daß die Geistlichen dies nicht aus eigenem Willen und aus eigenem Antriebe getan haben, sondern von den Lehrern und Organisten belästigt, gequält, geschreckt, sich die Zustimmung zum deutschen Gesange erzwingen ließen.

Die Lehrer sind Werkzeuge der Germanisation. In ihrem germanisatorischen Eifer gehen sie so weit wie möglich, glaubend, daß sie dann bei der Regierung desto besser angeschrieben sein werden. Sie sind es, welche die Germanisation in die Kirche hineindrängen, und die sogenannte Schulmesse bietet ihnen hierzu eine gute Gelegenheit. In den meisten Fällen haben die Lehrer den Geistlichen nach dem Gesange wohl überhaupt nicht gefragt, sondern ohne weiteres den deutschen Gesang mit den Kindern angestimmt.

Der Pfarrer aber hat entweder aus Unkenntnis der behördlichen Vorschriften, oder aus unnötiger Furcht vor den Hakatisten, falls er den deutschen Gesang verbieten würde, oder endlich um das zwischen ihm und den Lehrern bestehende Verhältnis nicht zu trüben, den neu eingeführten Brauch geduldet und duldet ihn weiter, wobei er sich und die Kirche dem Verdacht der polnischen Katholiken, daß seitens des Geistlichen und der Kirche die Germanisation gewünscht wird, zuzieht.

Wer hat aber den Geistlichen, mag er aus diesen oder jenen Gründen zugestimmt haben, dazu ermächtigt?

Wenn in Berlin, Westfalen und Sachsen, wo sich Tausende des polnischen Volkes aufhalten, der Ortspfarrer beabsichtigt, dann und wann Andachten für die Polen mit polnischen Predigten und Gesängen abzuhalten, dann muß er seine bischöfliche Behörde um die Genehmigung bitten und dabei genau die Gründe angeben, das Bedürfnis nachweisen usw.

Um wieviel mehr ist nicht der Geistliche einer polnischen Parochie in Oberschlesien verpflichtet, ebenso zu verfahren, wenn es sich um Kinder handelt (denn es ist nur die oberste Schulabteilung verpflichtet, der Schulmesse beizuwohnen), für welche ständig deutscher Gesang eingeführt werden soll, der für die Eltern der Kinder und die anderen Parochianen unverständlich und, selbst wenn er verständlich wäre, doch kein Gesang in der Muttersprache ist, auf den sie in der Kirche ein Recht haben.

Die amtlichen Vorschriften, die den Vorstand der Parochie betreffen und für jeden Pfarrer verbindlich sind, besagen in § 18 ausdrücklich folgendes:

„Der Bischof verfügt die rituelle Ordnung, er erläßt die liturgischen Vorschriften, und ohne seine Genehmigung dürfen weder wichtige Änderungen in der bestehenden Gottesdienstordnung noch neue kirchliche Andachten eingeführt werden."

Und weiter lautet die Vorschrift:

„Besonders wichtige Vorfälle und Ereignisse im religiösen Leben, grundsätzliche strittige Angelegenheiten usw. müssen ihm zur Kenntnis und Entscheidung vorgelegt werden."

Es unterliegt keinem Zweifel, daß die Einführung des deutschen Gesanges bei der Schulmesse in einer ganz oder überwiegend polnischen Parochie, eine „wichtige Änderung" oder eine „Neuerung" ist und vielleicht zu einer „grundsätzlichen strittigen Angelegenheit" werden kann. Wir halten also dafür, daß es keinem Pfarrer gestattet ist, auf eigene Faust eine solche „Neuerung" einzuführen, sondern daß er diese Angelegenheit unbedingt dem Bischof zur Entscheidung vorlegen muß.

Falls ein Geistlicher der Meinung wäre, daß er dazu nicht verpflichtet sei, so muß er zweifellos das anerkennen, daß die Einführung des deutschen Gesanges in einer polnischen Parochie ein ungewöhnliches außerordentliches Ereignis ist. Und in einem solchen Falle hat er sich nach den Vorschriften der geistlichen Behörde an das bischöfliche Generalvikariat zu wenden, dessen Sache es ist, „auf die Anfragen von Geistlichen in zweifelhaften oder außerordentlichen Fällen zu antworten."

Und wir sind überzeugt, daß, wenn die Geistlichen, in deren Parochien die polnischen Kinder während der Schulmesse deutsch singen, eigenhändig die Genehmigung der Kirchenbehörde zum deutschen Gesang hätten schriftlich nachsuchen müssen, die einen dieses Schreiben schließlich nicht abgesandt hätten; wer es aber abgesandt hätte, von der vorgesetzten Behörde zweifellos eine ablehnende Antwort erhalten hätte.

Wie kommen nämlich die Geistlichen dazu, für die Förderung des Deutschtums mehr zu tun, als sogar die weltliche Behörde fordert? Die Lehrer, Organisten, Schulinspektoren stehen doch nicht über der Regierung oder über dem Minister, sie sind vielmehr untergeordnete Beamte, die soviel Recht besitzen, als die höhere Behörde ihnen verliehen hat. Wenn sie mehr verlangen, so tun sie dies auf eigene Faust, und der Geistliche, der ihnen Zugeständnisse macht, gerät in die armselige Lage, daß ihm der Lehrer oder Organist gleichsam befiehlt, daß er sich ihm in kirchliche Angelegenheiten einmengt, dann aber ihn wegen seiner Nachgiebigkeit oder Unkenntnis der Vorschriften hinter dem Rücken auslacht.

Das Schlimmste besteht aber darin, daß die ganze Schuld wegen des deutschen Gesanges auf den Geistlichen fällt, denn jeder wird sagen: „Wenn der Geistliche seine Genehmigung nicht erteilt hätte, dann gäbe es keinen deutschen Gesang."

Aus Nr. 252 des Kurjer Śląski (Kattowitz) vom 1. November 1910:

Allerseelen.

Kaum sind die Klänge des relativ freudigen Allerheiligenfestes verklungen, und schon bedeckt sich die Kirche mit Trauerflor, schon flackern die am Katafalk aufgestellten Lichter, ertönen Trauergesänge im Gotteshause.

Es ist die dem Andenken der Verstorbenen gewidmete Andacht, die an dem Orte, wo ihre irdischen Überreste ruhen, auf dem Friedhof ihr Ende findet.

Heute ist der Friedhof zu Ehren seiner Bewohner festlich geschmückt; unzählige Lämpchen und Kerzen brennen auf den mit frischen Blumen geschmückten Gräbern. Scharen von Gläubigen ziehen schweigend, geräuschlos dahin; es scheint, als ob die Schatten aus den Gräbern auferständen. Überall knieende, im Gebet versunkene und düster nachsinnende Gestalten; hier und da ist unterdrücktes Schluchzen vernehmbar ....

Kein Wunder; ruhen doch dort unter dem Rasen unserem Herzen teure Personen: die einen hat der Tod im frühesten Lenz des Lebens weggerafft, wie der Frost keimende Pflänzchen vernichtet; andere hat der Tod in der Blüte der Jahre oder in der Fülle des Lebens überrascht, gleich wie der Blitz feste Eichen zerschmettert; andere wieder legten sich im Greisenalter zum letzten Schlaf, wie alte morsche Bäume sich zur Erde neigen.

Viele Gräber sind auch verwahrlost, denn wer kennt ihre Geschichte? Und wie viele Gräber verstecken sich vor unseren Augen außerhalb der Friedhöfe? Verschiedene Grabhügel und Steppengräber der Ukraine, Berge, Gewässer und unterirdische Höhlen im Heimatlande und in der Fremde, Ägyptens Sandwüsten, der Apenninen Schneemassen, die sibirischen Katorgen, alles das birgt unbekannte Menschen und erzählt zugleich bekannte Geschichten....

Der Gedanke schweift zurück zu dieser früheren und der neueren Geschichte, vor den Augen der Seele gaukeln Traumgebilde, einen Umzug veranstalten die Geister der auf den Feldern des Ruhms oder der Niederlagen Gefallenen, die Geister derjenigen, die für die Sache der Nation mit der Kugel, dem Säbel, der Lanze, der Knute, mit Gefängnis, Katorgen, Hunger oder dem Schafott zu Tode gequält worden sind...

Geister von Greisen, Männern und Frauen, Jünglingen, Jungfrauen, Kindern und sogar Geister von Helden.

Wir wollen ihr Andenken ehren, indem wir wenigstens diese sichtbaren Gräber besuchen, welche die sterblichen Überreste ihrer nicht großen Zahl bergen. Diese Tätigkeit beobachten eifrig die preußischen und moskowitischen Häscher, indem sie das Gift des Hasses und der Rache sogar dorthin tragen, wo der alle versöhnende allmächtige Tod herrscht.

Mitten im Herzen des Vaterlands hütet die moskowitische Soldateska das Grab der Opfer ihrer Übermacht, über welches man statt eines Grabhügels eine Zementschicht zu ebener Erde gegossen hat, um zu verhindern, daß ihn sogar die Natur mit Blüten schmücke. Und in dem der Gottesfurcht sich rühmenden Staate dringen sogar auf den Friedhof Henkersknechte, um von den Kränzen die Bänder von Farben, die ihren pseudopatriotischen Augen unlieb sind, herunterzureißen.

Eine solche Mißachtung der edelsten Gefühle, sowie des gotteslästerische Sichberufen auf ihre angeblich von Gott verliehene Macht schändet nur die geweihte Friedhoferde.

Aber „der Märtyrer-Lorbeer unserer Brüder wird desto üppiger auf ihr wachsen."

Lieben wir diese sogar nach dem Tode Verfolgten desto herzlicher, ahmen wir ihr erhabenes Beispiel desto eifriger nach, und ihr Geist wird, unsere Bestrebungen auf dem Dornenwege des zeitlichen Lebens segnend, unter uns leben.

Mit desto größerem Vertrauen berufen wir uns hinsichtlich der Urteile der angeblichen Stellvertreter Gottes hier auf Erden auf den, in dessen Hand Freud und Leid aller Nationen ruht; er wird unsere gerechte Sache urteilen und das demütige Gebet erhören:

Und das ewige Licht leuchte ihnen! Amen.

Aus Nr. 252 des Górnoślązak (Kattowitz) vom 1. November 1910:

Allerseelen.

Unter dieser Überschrift schreiben die Katolik-Blätter u. a.:

Allerseelen! Wie viele Begriffe, Vorstellungen, Erinnerungen und mannigfache Gefühle sind mit diesem Worte in dem Munde jedes katholischen Polen verknüpft...

Manche stille, tief rührende Szene spielt sich dort an den Gräbern der Verwandten, der Wohltäter ab. Hier weint leise schluchzend eine Waise, in ihrem Schmerz um die geliebten Eltern nicht beruhigt, dort beweint ein Notleidender den Tod seines einzigen Wohltäters, an einem anderen Grabe steht ein ernster Mann in Gedanken versunken und scheint Worte der Verzeihung zu flüstern für einen Menschen, der im Leben sein größter Feind war. In Gedanken versetzen sie sich in die Zeiten, wo sie mit den Menschen verkehrten, die jetzt im kühlen Grabe ruhen, und im Zusammenhang mit diesen Erinnerungen tritt manchem in lebhaften Farben das Bild entfernter, früherer, vergangener Zeiten vor Augen. Er sinnt also über die glücklichen im Kreise der Familie zu Lebzeiten der Väter verlebten Kinderjahre nach, er erinnert sich an das gutmütige Antlitz des des Großvaters, vielleicht Urgroßvaters, und hier schon beginnen in ununterbrochener Reihe vor seinen Augen die edlen und ritterlichen Gestalten der alten Vorfahren, der Männer, die sich um das Wohl der polnischen Nation verdient gemacht, der Könige, Helden, Gelehrten, Künstler, deren Namen mit goldenen, unauslöschlichen Buchstaben in die Geschichte unserer Nation eingegraben sind, vorüberzuziehen. Zugleich aber beginnt ein gewisser Unwille gegen die gegenwärtigen Zeiten und die Sehnsucht nach der Vergangenheit sich seiner zu bemächtigen. Im Geiste vergleicht er die Gegenwart mit der Vergangenheit, vergleicht er die Bedrückung der polnischen Nation mit dem früheren Glanz ihres Namens, und mit Erbitterung im Herzen fragt vielleicht mancher, ob er noch lange die Bedrückung und Verfolgung wird ertragen müssen, ob vielleicht nicht auch für ihn der Zeitpunkt eintreten wird, in welchem er sich in das Grab wird legen müssen, damit ihn die Welt vergesse, wie sie manchen der auf diesem Friedhof ruhenden Verstorbenen vergessen hat...

Nein, die polnische Nation wird nicht zugrundegehen, sondern sie wird der Bedrückung und der Verfolgung ungeachtet leben, wachsend an Zahl und Widerstandskraft. Der Landwirt streut trotz des nahenden Winters das Saatkorn in die Erdscholle, denn er glaubt, daß der Winter vorübergehen und der sonnige, heitere Lenz, der das Saatkorn keimen lassen und in reifer Frucht vermehren wird, wiederkommt. Uns Polen, die wir als Katholiken an eine Auferstehung glauben, muß dieses Dogma unseres hl. Glaubens am Geiste stärken und darf uns unter der Last und der Kraft der Schläge, die wie Blitze auf uns niedersausen, nicht zusammenbrechen lassen. Wir glauben an unsere Auferstehung nach dem Tode, wir zweifeln aber auch nicht, daß wir auch in diesem Leben eine Auferstehung erleben können, die zwar nicht der Auferstehung nach dem Tode gleicht, für uns aber insofern erwünscht ist, als wir uns als Nation nach einer besseren, helleren, sonnigeren Zukunft sehnen. Möge uns also dieser Allerseelentag das gottesfürchtige Leben und die edlen Taten unserer Vorfahren als Beispiel zur Nachahmung vor Augen führen, und wir werden, Gott gebe es, die Ruhe,

den Wohlstand und den Ruhm erleben, mit dem der Name unserer Vorfahren in der Welt umgeben war.

Aus dem Innern und dem Westen Deutschlands.

Aus Nr. 249 des Dziennik Berliński (Berlin) vom 1. November 1910:

Schweigende Gräber auf heimatlichem Boden.

Schweigende Gräber auf heimatlichem Boden,
Ich grüße euch, ich grüße, ein Vogel, der nicht mehr fliegen kann;
Es schlägt mir das Herz und mit bitterlichen Tränen
Ehre ich, als ein Heiligtum, die Stunde der Rückkehr.
Alles Mißgeschick und alle Qualen
Sind schon vergessen und auch die brennenden Wunden,
Seitdem ich hier bin, wo ich meine Seele zurückgelassen habe,
Schweigende Gräber.

Ob euch von den Meinigen irgend eine Grenzsperre trennt,
Ob ein Abgrund, gegraben von der Hand des Henkers,
Von dem was war, von dem was wir hatten:
Träumend verbrüdert sich mein Gedanke mit allen.
Schweigende Gräber! ich grüße euch fröhlich,
Auch jene, die dort ruhen, wo heute vertrocknender Epheu
Ihr werdet wieder im Frühjahr in frischem Grün schimmern,
Schweigende Gräber!

Ich höre das Brausen von Flügeln .... sind es schlaftrunkene Husaren,
Umherirrend über der Enge verfallender Gräber?
Sind es Engel des Herrn, strahlende,
Die die Zukunft mit dem Liede der Auferstehung begrüßen?
Ich bin ein Vogel, der nicht mehr fliegen kann, aber ich freue mich,
Daß ich hier und stets von den donnernden Blitzstrahlen träume,
Die in euch die Scharen der Helden hineingelegt haben,
Ihr schweigenden Gräber.

Die Saat des Blutes ist nicht elend verloren gegangen!
Stille Gräber,
Wenn die Gefallenen, wie Boten der Zukunft,
Aufstehen könnten — die Kleider der Trauer zerreißen,
Dann würden sie über uns eine große Sonne erblicken,
Die aus den Seelen der auf Fäden gezogenen Strahlen
Uns wallenden Purpur in die Herzen wirft,
Auf das Kreuz hinweisend und uns das Leben prophezeiend.
Schweigende Gräber!

Seid also gegrüßt, ihr Grabhügel
Auf meiner Erde! Ein Vogel bin ich, der nicht mehr fliegen kann,
Aber ich habe heute schon von Wundern geträumt
Im Augenblicke der Rückkehr:
Klirren von Säbelklingen, Gerassel der alten Waffen,
Rasseln der Rüstungen und erhabene, in der Runde ertönende Losungen,
Und ganze Scharen in den Kampf stürzender Männer .....
Schweigende Gräber!

Ein bezauberndes Phantasiegebilde, o alte Grabhügel,
Mit Moos bewachsene, wir aber wollen herzlich beten;
Denn wer Liebe im Herzen, und Glauben hat,
Der wird endlich erhört werden.
Die Ketten der Erinnerungen, sie sind ein starkes Band,
Das, in Schmerzen vereint, brennende Tränen trocknet,
Bis wir die Märtyrerin lebend erblicken werden ...
Schweigende Gräber!

Felix Kozybowski
(Sigismund Grabowski).

Aus Nr. 44 der Niedziela (Berlin) vom 30. Oktober 1910:

Eine vorteilhafte Trennung.

Die Schule und die Kirche, das sind in den Augen „der die polnische Frage ruhig behandelnden Deutschen" die zwei hauptsächlichsten Mittel, die Bevölkerung der Ostmarken zu verdeutschen. Sie haben recht! Die Ansiedelung ist nur ein vorbereitender Faktor. Indem sie Scharen von Leuten in die Fremde vertreibt, treibt sie sie erst dem verdeutschenden Wirken der deutschen Kirche und der deutschen Schule zu. Auch alle andern antipolnischen Bestrebungen sind nur Hilfsmittel, insofern sie die germanisierende Arbeit nicht gradezu hindern. Die Hauptarbeit müssen Schule und Kirche leisten.

Bis jetzt konnten die Germanisatoren mit ihrer Tätigkeit in der Fremde zufrieden sein; im Heimatlande macht sich das Wirken der Schule uns gegenüber auch überaus empfindlich bemerkbar, wenn es auch die Germanisatoren noch nicht völlig befriedigt; bezüglich der Germanisierung durch die Kirche in den Ostmarken haben sie bis jetzt fast gar keine Freude erlebt. Allerdings bemühen sich immer zahlreichere deutsch-katholische Vereine, die hauptsächlich von Beamten lebensfähig erhalten werden, den Parochien, in welchen sich nur ein geringer Prozentsatz von Deutsch-katholiken befindet, den Charakter gemischter Parochien zu verleihen, indem sie die geistlichen Behörden zu immer zahlreicheren deutschen Gottesdiensten und Predigten zwingen, häufig für ein knappes Dutzend deutscher Parochianen. Allerdings beginnen die immer zahlreicher nach den Ostmarken kommenden deutschen patriotischen Geistlichen ihre Netze nach den Seelen des polnischen Volkes auszuwerfen, aber im ganzen ist der Einfluß der gut polnisch empfindenden Geistlichkeit noch nicht gebrochen. Deshalb haben auch die hakatistischen Zeitungen das neue päpstliche Dekret, welches das Verfahren gegen Geistliche regelt, die sich als Verwalter von Parochien ungeeignet erwiesen haben, mit Freuden begrüßt. In diesem Dekret kommen nämlich Absätze vor, auf Grund welcher sie der Ansicht sind, daß es möglich sein wird, die dem Deutschtum unbequemen polnischen Geistlichen zu entfernen!

Unter den zehn Gründen, welche die Möglichkeit gewähren, Geistliche zu entfernen, erwähnt das Dekret „die Abneigung des Volkes, auch wenn sie nicht begründet und allgemein ist," sowie ferner „den Verlust der guten Meinung unter angesehenen und geachteten Leuten."

Es unterliegt keinem Zweifel, daß auch eine Handvoll von deutschen Katholiken auf Grund jener zwei Punkte die Beseitigung eines polnischen Propstes verlangen kann. Die bischöfliche Behörde kann unschwer dazu gelangen, die Forderungen als berechtigt anzuerkennen, denn die Abneigung braucht ja nur tatsächlich zu bestehen, braucht dagegen weder

begründet noch allgemein zu sein, und außerdem können in kleineren Parochien grade die Deutschen als Beamte usw. das Recht in Anspruch nehmen, den angesehenen und geachteten Leuten zugezählt zu werden.

Wenn also z. B. ein Geistlicher, der für den Volksbibliotheken-Verein, für den Unterrichtshilfe-Verein, für die polnischen landwirtschaftlichen Vereine usw. eifrig tätig ist, in ihren Augen „die gute Meinung" verliert, dann wird die Möglichkeit geboten sein, ihn zu entfernen, wenn er sich auch in den Augen von $^9/_{10}$ der Parochianen aufs beste betragen hat.

Der Kurjer Poznanski hat bei Besprechung dieser Angelegenheit zugegeben, daß die Befürchtungen auf unserer Seite und die Hoffnungen auf Seite der Hakatisten begründet sind, und dies um so mehr, als die Leitung der Diözesen Breslau, Kulm und Ermland bereits in deutschen Händen ruht und wir nicht wissen, in welche Hände das Steuer der Gnesener und Posener Erzdiözese gelegt werden wird. Der Kurjer Poznanski erwartet indessen die Beseitigung der Gefahr, falls es den Bemühungen der Geistlichkeit gelingen wird, eine authentische Interpretation zu erlangen, welche die Gründe politischer Natur von den Klagen über das rein seelsorgerische und moralische Verhalten der Geistlichen trennen wird.

Das ist unseres Erachtens ein schwacher Trost und ein nicht viel versprechendes Projekt, denn der Vatikan, der dies Dekret erlassen hat, um die kanonischen Prozesse zu vereinfachen, kann jetzt nicht der Erläuterung wegen alle Umstände aufführen, unter welchen es dem Hakatismus nicht gestattet sein soll, polnische Geistliche anzugreifen, und wenn er nur kurz bemerkt, daß politische Rücksichten keine Rolle spielen sollen, so wird uns dies in der Praxis nicht viel nützen, weil die Parochianen, welche den polnischen Geistlichen zu entfernen wünschen, es stets verstehen werden, der Angelegenheit eine geschickte Wendung zu geben. Es kann sein, daß hin und wieder die amtliche Erläuterung jenes Paragraphen durch den Vatikan etwas nützen wird, aber im allgemeinen werden sicher die Hoffnungen der Hakatisten nicht getäuscht werden, besonders weil die bischöflichen Behörden dem Ansturm des Hakatismus immer mehr werden nachgeben müssen.

Ohne allzusehr auf den guten Erfolg der authentischen Interpretation zu vertrauen, müßte man vielmehr unserm Volke rechtzeitig erklären, in welcher Richtung die Hakatisten weiterhin die Germanisationsarbeit durch die Kirche im Heimatlande zu unterstützen beabsichtigen, und man müßte in dem polnischen Volke das Verständnis für seinen polnisch-katholischen Charakter kräftigen.

Mit solchen Bestrebungen wird man uns nur dann Schaden zufügen können, wenn das Volk nicht aufgeklärt sein wird, wenn es sich nach dem Verlust des verdrängten polnischen Geistlichen trösten und bereit sein wird, sich ohne Murren dem Einfluß des der Germanisierung mehr oder weniger geneigten Nachfolgers zu unterwerfen.

Die Trennung zwischen den polnischen Katholiken und den deutschen Katholiken im Heimatlande, die der Hakatismus immer mehr begünstigt, ist für uns schließlich nur vorteilhaft. Je schärfer sich diese Trennung bemerkbar machen wird, je mehr unser Volk sich dieser Trennung bewußt werden wird, desto erfolgreicher werden wir uns der beabsichtigten Germanisierung durch die Geistlichen widersetzen können, sowohl im Heimatlande als auch in der Fremde.

Janko.

Aus Nr. 247 des Dziennik Berliński (Berlin) vom 29. Oktober 1910:

Jahresbericht des Vereins der Polinnen in Brandenburg a. H.

Gegenwärtig ist das zweite Jahr des Bestehens unseres Vereins verflossen, dem jede hier lebende Polin angehören müßte, insofern sie darnach strebt, zu verhüten, daß sie dem Glauben und dem Vaterlande gegenüber gleichgültig wird und insofern sie ihre Kinder zu guten katholischen Polen erziehen möchte. Als das hauptsächlichste Mittel gegen jene in unseren Verhältnissen geradezu verbrecherische Gleichgültigkeit erachten wir gerade den Zusammenschluß in dem Verein. Eine einzelne Person kann nur wenig ausrichten, aber die Masse verleiht Kraft und Stärke. Wir fordern deshalb innigst alle in Brandenburg wohnenden Landsmänninen auf, unserem Verein beizutreten, denn je mehr wir sein werden, desto erfolgreicher wird auch unsere Arbeit sein. Unser Hauptzweck ist die moralische Erziehung unserer Kinder und ihre sowie unsere Ausbildung in der Muttersprache, ferner gegenseitige Belehrung durch Vorträge und Vorlesungen, sowie materielle Unterstützung in Krankheitsfällen.

Zum Bericht über die Tätigkeit des Vereins im verflossenen Jahre zurückkehrend, bemerken wir, daß am 4. September das Stiftungsfest stattfand, zu welchem Delegationen mit Fahnen seitens des Vereins der Polinnen „Gwiazda" (Stern) aus Berlin und des polnisch-katholischen Vereins „Sobieski" in Brandenburg entsandt worden waren. Ferner sandten Deputationen nachstehende Vereine: St. Adalbert-Verein, Potsdam, Verein der Polinnen im Südosten Berlins, ferner der zweite brandenburgische Bezirk der Vereine der Polinnen in Berlin.

Unser Verein hielt zwölf Sitzungen und zwei Vorstandssitzungen ab. Außerdem fanden zwei Vergnügen statt, das Stiftungsfest miteingerechnet. Am letzten Sonntage vor Weihnachten beging der Verein gemeinsam mit dem polnisch-katholischen Verein „Sobieski" das Weihnachtsfest. Bei dieser Gelegenheit spielten Kinder von Vereinsmitgliedern ein schönes Theaterstück und trugen verschiedene Weihnachtsgesänge und Deklamationen vor.

Der Verein zählt 27 Mitglieder und ein Ehrenmitglied, nämlich Herrn Stanislaus Konatkowski aus Berlin. In der Kasse befinden sich 58,75 Mk., ferner besitzt der Verein eine eigene Bibliothek.

Den Vorstand bilden: Franziska Kolodziejczak, Vorsitzende; Anastasia Przybyszewska, Schriftführerin; Sophie Zywicka, Kassiererin; Stefanie Jasinszczak, Bibliothekarin; P. Kruczkowska, M. Fornalska, Beisitzerinnen; Fr. Kolodziejczak, Kurator; Mieczyslaus Hejnowicz, stellvertretender Kurator.

Sitzungen finden alle zwei Wochen statt, Zusammenkünfte mit Kindern jeden Sonntag um 3 Uhr nachmittags im Lokale des neuen städtischen Schützenhauses.

Alle Korrespondenzen sind an die Vorsitzende, Frau Fr. Kolodziejczak, Brandenburg a. H., Werderstraße 18, zu richten.

Anastasia Przybyszewska, Schriftführerin.

Aus Nr. 247 des Dziennik Berliński (Berlin) vom 29. Oktober 1910:

Der Wahlverein in Brandenburg.

Am 16. Oktober d. J. hielt der hiesige Wahlverein (Towarzystwo Wyborcze) seine Plenarsitzung ab. Seitens des „Politischen Komitees" aus Berlin war

Barcziszewski entsandt worden, der in einer über eine Stunde währenden Rede die Versammlung über die Zwecke der Wahlvereine und die Notwendigkeit der Organisation in diesen aufklärte. Für sein ausführliches und klares Referat wurde dem Redner mit brausendem Beifall gedankt. Dann folgte eine sehr lebhafte Diskussion, in welcher das Wort ergriffen die Damen Przybyszewska und Kwiatkowska sowie die Herren Hejnowicz, Przybyszewski, Stekiel, Mrowka u. a. Herr Barcizewski antwortete erschöpfend auf jeden aufgeworfenen Zweifel. Zum Schluß wurde ein nationales Lied gesungen, worauf der Vorsitzende die Versammlung schloß. Die Beteiligung der Landsmänninnen und der Landsleute war eine ziemlich zahlreiche, alle gingen auseinander, gestärkt an Herz und Seele.

Johann Przybyszewski,
Schriftführer.

Aus Nr. 246 des Wiarus Polski (Bochum)
vom 27. Oktober 1910:

Die ewige Mistel am jugendlichen Baume.

Es gibt eine Schmarotzerstaude, Mistel genannt, die auf Baumästen wuchert, aus ihnen die Lebenssäfte saugt und Zweig nach Zweig vernichtet, bis sie schließlich den mächtigsten Waldriesen in einen verdorrten Stamm verwandelt. Infolge des Mangels an Lebenssäften absterbend, belebt sich die Mistel dann wieder auf jüngeren Bäumen, indem sie ihr Samenkorn auf sie wirft. So macht ein Banm dem andern Platz, und nur der ihre Lebenssäfte aussaugende Schmarotzer währt ewig.

Auch die polnische Nation berauben verschiedene Schmarotzer der Kraft und der Energie. Zu den allerschädlichsten Schmarotzern gehören übertriebene Dienstwilligkeit, Großmut und Leichtgläubigkeit gegenüber fremden, häufig feindlichen Elementen.

Übertriebene Dienstwilligkeit, Großmut und Leichtgläubigkeit veranlaßten die polnischen Könige und Fürsten, Juden und Deutsche ins Land hineinzulassen, ihnen Freiheiten und Privilegien zu verleihen, die den Ankömmlingen gestatteten, in Polen selbständige Körperschaften, gleichsam einen Staat im Staate, zu bilden. Übertriebene Dienstwilligkeit, Großmut und Leichtgläubigkeit trugen die Schuld daran, daß Konrad von Masowien auf dem lebenden Körper Polens den Schmarotzer des Kreuzrittertums ansiedelte, daß der Jagiellone Kasimir auf Wunsch des Papstes den Kreuzrittern Königsberg und Preußisch-Masuren überließ und Sigismund der Alte nach dem Übertritt der Kreuzritter zum protestantischen Glauben ihr Land den Hohenzollern übergab, anstatt es, wie es sein Recht gewesen wäre, Polen einzuverleiben.

Und wie viele Male haben die polnische Waffen völlig uneigennützig fremden Staaten und Monarchen gedient, wie viele Male haben die Polen ihre Siege oder ihre politische Macht nicht ausgenützt, wenn Unruhen in den benachbarten Ländern oder unfähige Monarchen Polen gestatteten, seine Grenzen auszudehnen, Schlesien, Ostpreußen, Brandenburg, Pommern, verschiedene russische Länder wieder zu gewinnen, wenn es hierzu auch ein moralisches Recht hatte, wenn auch die politische Vorsicht gebot, an den Grenzen des Landes die Bildung neuer, räuberischer Mächte zu verhindern.

Diese übertriebene Dienstwilligkeit, Großmut und Leichtgläubigkeit dankten die Nachbarn Polen mit dem Raube seines Landes und der Unterjochung seiner Söhne.

Und auch nach dem Falle des polnischen Reiches sündigten die leitenden sozialen Schichten im Lande, die leichtgläubig darauf rechneten, daß ihnen die annektierenden Regierungen nicht nur ihre Sprache, sondern auch ihre Standesprivilegien belassen würden, durch übertriebene Dienstwilligkeit, und als der Eroberer die Magnaten mit dem Fuße stieß, da begannen sie neue Herren zu suchen, wobei sie heilig daran glaubten, daß sie sich für die polnische Sache aufopferten.

Wo eine Regierung fehlte, der man dienen konnte, da fand sich irgend ein Stamm oder eine fremde politische Partei, der man uneigennützig seine Dienste anbot, deren Ausbeutung man großmütig ertrug und deren trügerische Versprechungen man für bare Münze nahm. So hielten die Polen im russischen und österreichischen Anteil bis zur letzten Zeit alle Bestrebungen, die dahin zielten, einen polnischen Kaufmannsstand zu schaffen, für abscheulichen Antisemitismus, sie sprachen gerührt von Polen mosaischen Glaubens, und gerade zu dieser Zeit breitete sich unter dem Judentum nicht nur der dem Polentum feindliche Zionismus aus, es machten sich auch hakatistische Strömungen bemerkbar, die dazu beitrugen, das Deutschtum und Russentum auf polnischer Erde zu verbreiten.

In Galizien, wo der Adel und die polnischen Demokraten sich bei dem Schutz der Privilegien des Judentums zu überflügeln suchten, verbinden sich die Juden mit den Deutschen, Sozialisten und Ruthenen gegen die Polen, und die polnische Mehrheit im galizischen Landtage schafft, anstatt sich gegen den jüdischen Ansturm zu verteidigen, eine besondere Kommission, die an der Verringerung des Elends unter den Juden arbeiten soll.

Die gleiche polnische Mehrheit bewilligt große Summen zur Herausgabe ruthenischer Schriften, die dann den Haß gegen die Polen schüren. Polnische Magnaten schafften Stipendien, die auch der ruthenischen Jugend zu gute kommen, und für das erhaltene Geld kaufen sich die Ruthenen Äxte, mit welchen sie in der Universität die Bilder der polnischen Rektoren zerhacken und die Professoren verletzen, ferner Revolver, mit welchen sie auf polnische Würdenträger schießen.

Im preußischen Anteil hat Herr von Koscielski aus Miloslaw verkündet, daß es eine Gewissenspflicht der Polen sei, den Regierungen der Anteilstaaten alles zu bewilligen, was diese Regierungen für erforderlich halten, und der Propst Kapica denkt für die Polen Pflichten aus, von welchen die Väter der katholischen Kirche nicht einmal geträumt haben.

In der ersten russischen Duma war ein polnischer Edelmann mit der Verstaatlichung des Landes einverstanden, weil die große Partei der Kadetten diese Verstaatlichung verlangt hatte. Und bei uns gibt es Politiker, die in der Richtungtätig sind, daß die polnischen Abgeordneten für jedes, auch das abscheulichste Projekt der Regierung stimmen sollen, falls dies Projekt nur vom Zentrum unterstützt wird.

Die polnische Fraktion soll die Blamage mit den Zentrumsleuten teilen, wenn sie auch niemals zu den Vorteilen und Einflüssen zugelassen werden wird, die die Zentrumsleute sich durch die Unterstützung der Regierung verschafft haben.

Die Demokratisierung der Volksgesamtheit, d. h. die Zulassung immer weiterer sozialer Kreise zur Teilnahme an der Leitung der öffentlichen Angelegenheiten, beseitigt noch nicht unsern alten nationalen Fehler. Unsere Könige haben sich Fremden dienstwillig erwiesen, es haben sich die Magnaten dienstwillig erwiesen, es erweist sich auch heute noch ein großer Teil des Adels, der Geistlichen, der städtischen Intelligenz und des Mittelstandes dienstwillig, um der polnischen Sache

Freunde zu gewinnen, anstatt auf die eigenen Kräfte zu zählen. Und inzwischen fallen auf die Volksgesamtheit immer neue Schläge hernieder.

Es schien, als ob wenigstens der polnische Arbeiterstand, besonders in der Fremde, den unglückseligen Fehler ablegen würde, daß er auf seine eigenen Kräfte vertrauen und vor allem die nationalen Interessen des polnischen Arbeiters verteidigen würde.

Zu dieser Hoffnung berechtigte das Gedeihen der besonderen polnischen Wahlorganisation und der Berufsorganisation in der Fremde. Und im allgemeinen lassen sich die polnischen Arbeiter von gesundem Egoismus leiten, stehen auf der Wacht der Interessen der polnischen Nation und des polnischen arbeitenden Volkes, aber hier und dort zeigen sich auf den mächtigen Ästen des Riesen, zu welchem sich in unserm nationalen Walde der Arbeiterstand ausgewachsen hat, Schößlinge der schmarotzenden Mistel. Von Zeit zu Zeit sehen wir, wie polnische Arbeiter uneigennützig fremden Arbeitern dienen, häufig sogar die Kastanien aus dem Feuer holen, und zwar im Namen der schlecht verstandenen Losung der Solidarität.

Wir sprechen schon nicht von jenen Polen, welche fremden Berufsorganisationen angehören, denn diese sind für die polnische Volksgesamtheit und für die Sache der polnischen Arbeiter bereits verloren; es sind dies vom Mutterstamm abgetrennte Zweige, die fremden Bäumen aufgepfropft sind. Wie häufig aber ereignet es sich, daß in der polnischen Berufsvereinigung organisierte Arbeiter, die aus diesem Grunde von den deutschen Verbänden, besonders den sozialistischen, schikaniert und von der Teilnahme an den mit den Arbeitgebern geschlossenen Verträgen ausgeschlossen werden, trotzdem in den Lohnkämpfen auf fremdes Kommando hören. Und als Bedingung für den Frieden stellen dann die Fremden die Forderung, nur Arbeiter aus ihrem Verbande zu beschäftigen.

Der polnische Geschichtsschreiber, heutige kaiserliche Statthalter in Galizien, Michael Bobrzynski, schreibt von den polnischen Magnaten des XVIII. Jahrhunderts, daß zu ihrer Glückseligkeit jemand erforderlich war, vor dem sie sich erniedrigen konnten. Können sich denn nicht manche polnischen Arbeiter ohne jemanden begehen, der sie ins Genick schlägt? Soll die Peitsche des polnischen oder deuschen Agrariers durchaus durch die Peitsche der fremden Verbände, besonders aber durch die schwere Peitsche der roten Genossen ersetzt werden?

Soll denn der Arbeiter von den vom öffentlichen Schauplatze verschwundenen Magnaten und Adligen den schlimmsten Fehler erben, nämlich die übertriebene Dienstwilligkeit, die Großmut und die Leichtgläubigkeit gegenüber Fremden? Wird der Arbeiter Fremden dienen, anstatt vor allen Dingen an das eigene und nationale Interesse zu denken? Kann man in den Zeiten, in welchen die Regierungen der Anteilstaaten Millionen ausgeben, um auf polnischer Erde fremde Arbeiter anzusiedeln, in welchen fremde Arbeiter ruhig die Stellen einnehmen, aus welchen man die polnischen Arbeiter ausgerottet hat, in welchen man gestattet, den Polen deshalb die Arbeit zu nehmen, weil sie polnischen Vereinen angehören, polnische Zeitungen lesen oder zu Polen polnisch sprechen; kann man also in solchen Zeiten fordern, daß der polnische Arbeiter sein eigenes und nationales Interesse dem Wohle der Fremden unterordnet?

Wo es erforderlich, würdig und möglich ist, vereinbar mit dem nationalen Interesse und dem Interesse der Lohnbewegung des polnischen arbeitenden Volkes, da möge der polnische Arbeiter mit dem fremden und in fremden Verbänden organisiertem Arbeiter Hand in Hand gehen. Möge er vor allen Dingen niemals dort Arbeit suchen, wo andere Arbeiter streiken und für bessere Arbeitsbedingungen kämpfen. Dafür haben aber auch die Polen das Recht zu verlangen, daß die fremden Arbeiter sie nicht als Eindringlinge ansehen, sondern ihnen das Recht zugestehen, dem Verdienste nachzugehen, daß sie die polnische Berufsorganisation anerkennen und sich in allen Lohnangelegenheiten mit den Vertretern der polnischen Berufsvereinigung verständigen. Vor allen Dingen müssen die fremden Verbände und deren Zeitungen den deutschen Arbeitern erklären, daß sie gegen die Arbeitersolidarität handeln, daß sie schlimmer als die gemeinsten Streikbrecher sind, wenn sie sich dazu gebrauchen lassen, polnische Arbeiter auf ihrer heimatlichen Erde aus der Arbeit zu verdrängen, wenn sie zu diesem Zweck errichtete Ansiedelungen und Beihilfen aus den Fonds der Ansiedelungs-Kommission und anderer antipolnischer Institutionen annehmen.

Die Arbeitersolidarität kann nicht einseitig sein; die fremden Arbeiter dürfen von den polnischen Arbeitern nicht verlangen, daß sie sich ohne Gegenleistungen für sie aufopfern.

Topor.

Aus den Blättern des Auslandes.

Aus Nr. 289 des Dziennik Polski (Lemberg) vom 23. Oktober 1910:

Die Hakatisten und die deutschen Frauen.

In Lissa, im Großherzogtum Posen, hat vor kurzem eine Hauptversammlung deutscher Frauenvereine stattgefunden. In diesen, seit längerer Zeit alljährlich stattfindenden Versammlungen werden gewöhnlich antipolnische Losungen vernommen. Diesmal war es anders; es trug sich ein sehr bemerkenswertes Ereignis zu. Zu Anfang der Versammlung stellte eine größere Anzahl der Erschienenen den Antrag, von der Tagesordnung alle Berichte über die antipolnische Politik abzusetzen. Jetzt entstand ein großer Lärm. Die bekannten Apostel des Hakatismus, wie z. B. der Generalsekretär der Ostmarkenvereins, Vosberg, die wegen ihrer Vorträge bekannte Frau Dr. Käthe Schirmacher, sowie das ihrem Beispiele folgende Fräulein Schnee-Bromberg hatten eine Menge Redensarten von der polnischen Gefahr, von der Bedrückung des Deutschtums, von der Notwendigkeit der Enteignung in Bereitschaft gehalten. „Und nach so vielen Vorbereitungen zu der Enteignung sollte aus dem Schauspiel nichts werden?“ wurde gerufen.

Nach langen, mitunter stürmischen Erörterungen wurde beschlossen, die Berichte anzuhören. Und man hörte sie sich an bis zu Ende, aber bei ihrer Beantwortung fielen harte Worte der Kritik. Obendrein wurden bei der herrschenden Stimmung keine antipolnischen Beschlüsse gefaßt, wie dies sonst üblich war, man hatte sie gänzlich von der Tagesordnung abgesetzt, sich dagegen mit den Arbeiten an der Hebung und Versittlichung der Jugend und der Bevölkerung beschäftigt.

Dies ist seit vielen Jahren die erste Versammlung, in der der Hakatismus offenbar eine Niederlage erlitten hat. Der gesunde Menschenverstand siegte über den Haß.

Die deutschen Frauen in Lissa haben ihre Ansicht deutlich zu erkennen gegeben, daß man eine gute deutsche Patriotin sein kann, ohne zu der Bedrückung der polnischen Mitbürger beizutragen; daß die Frauenarbeit auf andere Bahnen, namentlich auf die kulturellen

hingeleitet werden müßte; daß sie versittlichend und nicht entsittlichend wirken müßte, denn entsittlichend ist die ganze Politik der Gewalt und der Ungerechtigkeit.

Ob die Hakatisten aus dem Verlauf dieser Verhandlungen die entsprechenden Schlußfolgerungen ziehen werden, daran zweifeln wir. Ihnen schwindet immer mehr der Boden unter den Füßen, den sie schon als ihre unerschütterliche Grundlage betrachteten, sie finden unter der deutschen Bevölkerung immer weniger Unterstützung, aber sie denken nicht daran, die Waffen zu strecken, indem sie noch an ihre Macht glauben, die alle ihnen feindlichen Erscheinungen zu unterdrücken sucht.

Jedenfalls ist der Verlauf der Lissaer Versammlung ein Beweis dafür, daß die Ernüchterung der deutschen Gesellschaft von der chauvinistischen Verirrung entschieden, wenn auch langsam erfolgt. Es wird immer ersichtlicher, daß diese Gesellschaft die Tätigkeit des Hakatismus mit kritischem Auge zu betrachten beginnt, daß das polnische Gespenst immer alltäglicher wird und daß immer nüchterner die Schar der Deutschen wird, die da einsehen, daß der Hakatismus eine größere Gefahr für Deutschland ist als die normale kulturelle und wirtschaftliche Entwickelung der polnischen Bevölkerung, mit der die Deutschen friedlich zusammenleben und arbeiten könnten, wenn es nicht Leute gäbe, für die die Uneinigkeit und Verwirrung das ergiebigste Feld für ihre nicht etwa nationalen, sondern eigenen, privaten Interessen bildet.

Aus Nr. 489 des Czas (Krakau) vom 26. Oktober 1910:

Der deutsche Kaiser in Brüssel.

Zu dem angekündigten Besuch Kaiser Wilhelms in Brüssel brachten die belgischen Blätter dahin lautende Kommentare, daß der Besuch durchaus keinen politischen Charakter habe und lediglich als ein Akt der Höflichkeit des Monarchen dem Könige Albert gegenüber zu betrachten sei, der nach seiner Thronbesteigung im Monat Mai dem Kaiser einen Besuch in Potsdam gemacht habe. Trotz dieser Erklärungen, die in den amtlichen belgischen Kreisen betont und aufrecht erhalten werden, beseitigt der gegenwärtige Besuch, vom Standpunkte der bisherigen Beziehungen Belgiens zu Deutschland betrachtet, nicht ganz die Behauptungen, die ihm eine tiefere Bedeutung beimessen, indem sie in ihm eine gewisse Veränderung in den Beziehungen beider Staaten erblicken.

Diese Behauptung kann eine gewisse Begründung auch in der Haltung finden, die die Bevölkerung der Hauptstadt Belgiens angesichts des angekündigten Aufenthalts des Kaisers eingenommen hat. Der Besuch rief unter der Bevölkerung ein lebhaftes Interesse hervor; in den Gefühlen der Belgier begegnete er keiner Sympathie, viel weniger noch einer Begeisterung. In den sozialdemokratischen Kreisen rief er einen Protest hervor, der ursprünglich in einer Massenkundgebung zum Ausdruck kommen sollte. Die energische Haltung der Regierung, die den Aufenthalt des Kaisers in Brüssel zu einer Art Heerschau machte, vermochte beizeiten einer großen Kundgebung vorzubeugen, indem sie von dem Leiter der sozialdemokratischen Partei, Vandervelde, die Zusicherung erhielt, daß sie von dieser Seite keine Kundgebung zu befürchten habe. Dies beseitigt jedoch nicht die Möglichkeit von Ausschreitungen seitens des Pöbels.

Die Unklarheit der auffallenden Lage kann man sich erklären, wenn man die Einflüsse in Betracht zieht, die seit Jahren in Belgien herrschen und sich gegenseitig bekämpfen. Diese Einflüsse greifen dort so tief ein, daß ein in der englischen National Review vor einigen Monaten veröffentlichter Artikel die Überzeugung ausdrücken konnte, daß Belgien vollständig germanisiert sei. Diese Ansicht ist nur bis zu einem gewissen Grade richtig, denn man darf nicht vergessen, daß es in Belgien große fortschrittliche, liberale und sozialdemokratische Parteien gibt, die nach Frankreich neigen.

Der unter den Belgiern seit dem Jahre 1830 begründete französische Einfluß kommt in dem tiefen Dankbarkeitsgefühle und der Bewunderung für Frankreich zum Ausdruck, die von Jahr zu Jahr sich immer kräftiger entwickelt, so daß man mit Sicherheit annehmen darf, daß der angekündigte Besuch des Präsidenten Fallières in Brüssel einer lebhaften und aufrichtigen Begeisterung seitens der Bevölkerung begegnen wird. Andererseits gewinnen die Deutschen unter den konservativen und reaktionären Parteien immer mehr Anhänger. Der Kampf zwischen den beiden Lagern dauert ununterbrochen fort; seine Erfolge sind in dem Bestehen besonderer deutscher und französischer Schulen in Brüssel und in Antwerpen, in den deutschen und französischen Banken usw. zu erblicken. Die letzten Jahre haben viel zur Hebung des deutschen Einflusses beigetragen und die noch nicht dagewesene Beschickung der Brüsseler Ausstellung seitens Deutschlands bleibt ebenfalls nicht ohne Bedeutung.

Zur Befestigung des deutschen Einflusses in Belgien gewinnt der jetzige Besuch des Kaisers Wilhelm dadurch ebenfalls eine besondere Bedeutung, daß er einen Akt der Wiederanknüpfung von Beziehungen zwischen den beiden Höfen bildet, Beziehungen, die zu Lebzeiten Leopolds II. vollständig erkalteten. Unvergessen ist noch die Tatsache, daß König Leopold während seines Aufenthalts in Berlin im Jahre 1904 von der Kaiserin nicht empfangen wurde und daß der Kaiser keinen Gegenbesuch in Brüssel machte. Der neue König von Belgien machte kurz nach seiner Thronbesteigung den Mißverständnissen zwischen den beiden Höfen ein Ende.

Das Programm für den gegenwärtigen Aufenthalt des Kaiser Wilhelm umfaßt: ein Festessen im Schloß, eine Festvorstellung in dem Opernhause, eine feierliche Begrüßung im Rathause und den Besuch der Ausstellung und des Schlosses Laeken. Kaiser Wilhelm wird auch die Vertreter der deutschen Kolonie in Brüssel empfangen und an dem Festessen in der deutschen Botschaft teilnehmen. Das obige Programm schließt vollständig eine nähere Berührung des Kaisers mit dem belgischen Volke aus, was wahrscheinlich durch die Ankündigung kaiserfeindlicher Kundgebungen hervorgerufen wurde. Nichtsdestoweniger heben die deutschen Blätter nachdrücklich hervor, daß der Aufenthalt des deutschen Kaisers, als des Vertreters des deutschen Volkes, den Ausdruck der Zusammengehörigkeit, die zwischen den beiden Nationen besteht, bilde. Der Protest der sozialdemokratischen Partei wird vielmehr als eine platonische Kundgebung der Zusammengehörigkeit mit der deutschen Sozialdemokratie betrachtet, die die Grenzen schwülstiger Reden nicht überschreiten wird.

Hierzu werden auch die von der Regierung zum persönlichen Schutze des Kaisers vorbereiteten Sicherheitsmaßregeln beitragen. Schon seit einigen Wochen soll sich in Brüssel ein höherer Polizeibeamter aus Berlin mit einer größeren Anzahl von Geheimagenten aufhalten, die die strengste Oberaufsicht über alles führen sollen, was die Person des Monarchen gefährden könnte. Besonders erlassene polizeiliche Bestimmungen veranlaßten die genauesten Feststellungen in den Gasthäusern und die Beseitigung aller verdächtigen Personen auf die Dauer des Aufenthalts des Kaisers. Auch die Sicherheitsmaßregeln auf dem Bahnhofe und längs der Straßen, die der Kaiser berühren wird, sind ungewöhnlich weitgehend. Es wurden

starke Militär- und Polizei-Abteilungen herangezogen und die Beteiligung der Bevölkerung an der Begrüßung des Monarchen möglichst eingeschränkt. Den Umfang der angeordneten Kontrolle beweist u. a. die Tatsache, daß die wenigen Vertreter der Presse, denen es gelungen ist, persönliche Eintrittskarten auf den Bahnsteig bei der Ankunft des Kaisers auf dem Bahnhofe zu erhalten, in den Eisenbahnwaggons eingeschlossen sein werden und lediglich aus den Fenstern den Verlauf der Begrüßungsfeierlichkeiten werden beobachten können. Die Fahrt vom Bahnhofe nach dem Schlosse angesichts der zehntausend auf der kurzen Strecke aufgestellten Soldaten wird vielmehr eine Art Heerschau bilden, die zur Ehrung des deutschen Monarchen veranstaltet wurde.

Aus Nr. 488 der Nowa Reforma (Krakau) vom 29. Oktober 1910:

Die polnisch Bibliothek in Rapperswyl.

Aus Paris wird den Warschauer Blättern gemeldet, daß der langjährige Bibliothekar des polnischen Museums in Rapperswyl, Wenzel Karzewski, bekannt in der Literatur unter dem angenommenen Namen Marian Jasienczyk, der sich in die Museumordnung nicht einleben konnte, um seine Entlassung gebeten habe, die von dem Direktor Joseph Galenzowski auch sofort angenommen wurde.

Die gewaltsame Beseitigung des Bibliothekars ist ein empfindlicher Verlust für die Bibliothek des national-polnischen Museums in Rapperswyl.

Aus Nr. 495 des Słowo Polskie (Lemberg) vom 25. Oktober 1910:

Die preußische Gerechtigkeit.

Wie wir bereits geschrieben haben, hat das Gericht in Danzig den ehemaligen Amtsrichter Chmielewski aus Zoppot zu drei Monaten Gefängnis verurteilt, weil er dem Polizeibeamten, der sich davon überzeugen wollte, ob Chmielewski nicht heimlich polnischen Sprachunterricht erteile, die Tür gewiesen hat. In der höheren Instanz wurde die gegen Chmielewski festgesetzte Strafe herabgesetzt. Das Gericht hat nämlich eingesehen, daß der Polizeibeamte zu Unrecht in dessen Wohnung eingedrungen sei und daß deshalb der von dem Angeklagten geleistete Widerstand nicht strafbar sei. Angesichts dieses Sachverhalts hätte ein freisprechendes Urteil erfolgen müssen. Hierzu konnte sich jedoch das Danziger Gericht nicht aufschwingen. Es verurteilte Chmielewski zu 300 Mk. Geldstrafe wegen Beleidigung eines Beamten, der entgegen den gesetzlichen Vorschriften mit Gewalt in dessen Wohnung eingedrungen war.

Aus Nr. 228 des Kurjer Polski (Milwaukee) vom 26. September 1910:

Das Schloß in Posen.

Auf unserer Erde errichtet er Schlösser,
Wo der Pole seinen Wohnsitz hat!
Ist das nicht der Gipfel preußischen Hochmuts
Und preußischer Gesetzwidrigkeit,
Ist das nicht lächerlich?
Auf polnischer Erde bläht er sich auf
Und bläst die Hochmutsposaune:
Eine solche Ära ist jetzt gekommen,
So schlimm sieht es bei uns aus!
Ei, ei! du Kreuzritter, du im Küraß!
Wir sagen dir kurz und gut:
„Denkst du daran, wie du seiner Zeit,
Den Staub unter den polnischen Füßen fegtest?!
Denkst du daran, wie du um Pardon brülltest?!
Du mit der Teufelsseele, du Bauernkerl!
Wie du dich demütigtest und winseltest:
Dort fern bei Grunwald?!
Ei, du reich gewordener Emporkömmling,
Im Lammesfelle ein Fuchs,
Ein Wolf, eine Hyäne — Heute hast du die Früchte,
Heute stehst du an vollen Töpfen.
Doch es wird die Zeit kommen, o Raubritter,
Wo euch alle der Teufel holen wird!
Du willst damit sagen, wir wären nicht da?
Ha, ha, das ist interessant!
Du glaubst, dein Anathema
Werde unsere Zukunft rückgängig machen.
Du übermütiger, lächerlich sind deine Worte,
Dein Zorn und Säbelgerassel,
Es ist nichts, als eitel Spreu
Und leerer Wortschall!
Du wirst uns mit deiner „Burg“ nichts tun,
Du wirst uns nichts anhaben können,
Wiewohl du ein Henker und Halbgott bist,
Und mit deines Antlitzes Strenge uns schreckst.
Zerschellen wird deines Schlosses Mauern
Und zertrümmern: der unüberwindliche
weißgefiederte, ritterliche polnische Geist!

Aus Nr. 43 der Polnischen Post (Wien) vom 26. Oktober 1910:

Das galizische Auswanderungswesen.

Lemberg.

Der Auswanderungsverein „Polskie Towarzystwo emigracyjne“ hat hier in der Dzialynskich-Gasse eine Filiale eröffnet. Die Eröffnung dieser Filiale in Lemberg war unumgänglich notwendig mit Rücksicht auf den bedeutenden Auswanderungsstrom aus Ostgalizien, der vorwiegend über Lemberg geht.

Krakau.

Die Untersuchung gegen die seinerzeit von den Behörden geschlossene Auswanderungsagentur „Opatrznosc“, welche aber bekanntlich noch im Geheimen weiterwirkt, wird nicht nur gegen die Direktion und die Verwaltung selbst geführt, sie erstreckt sich vielmehr auch auf ihre Agenten und Zutreiber. Die Leiter der Agentur waren Graf Lubienski, Markus, Krieger und M. Irome. Die Zahl der Winkelagenten belief sich auf 100. Das bei der Hausdurchsuchung saisierte Belastungsmaterial beweist, daß die Tätigkeit dieser Agentur nach ihrer Schließung noch viel gefährlicher und verbrecherischer war als zuvor.

Pilsen.

Die erste Auswanderungssektion des landwirtschaftlichen Gauverbandes in Galizien hat sich im hiesigen Bezirk in Siedliska-Boguszа gebildet. Zum Vorsitzenden der Sektion wurde der ehemalige Reichsratsabgeordnete Dr. Witold v. Lewicki, zum Sekretär Herr Wiktor Tracilowski gewählt. Diese Sektion ist mit dem Polnischen Emigrationsverein

bereits in engere Fühlung getreten, es ist zu hoffen, daß sie dank der Energie ihrer Mitglieder bald einen dominierenden Einfluß auf die Auswanderungsbewegung ihrer Gegend gewinnen wird.

Posen.

Die Schikanen, denen die aus Galizien nach Preußen ausgewanderten polnischen Arbeiter ausgesetzt sind, wollen kein Ende nehmen. Vor kurzem hat das Verkehrsministerium einen neuen Erlaß herausgegeben, wodurch die Heranziehung fremder Arbeiter bei Eisenbahn- und Straßenbauten bedeutend erschwert wird. Die Arbeitsvermittlungsämter an der Grenze wurden angewiesen, fremden Arbeitern, die zu Erdarbeiten engagiert werden, nur dann Legitimationskarten auszustellen, wenn die Arbeitgeber eine Erlaubnis des Ministers des Innern zur Heranziehung fremder Arbeiter vorweisen können. Diese Bewilligung soll jedoch nur dann erteilt werden, wenn in Preußen Arbeitskräfte schwer aufzutreiben sind. Ohne Erlaubnis des Ministeriums sollen fremde Arbeiter nur ausnahmsweise geduldet, in der Regel aber möglichst bald abgeschafft werden. Es läßt sich denken, daß die preußischen Behörden von nun an mit besonderem Eifer vorgehen werden, denn diese Weisung läßt allerlei Willkürakten Tür und Tor offen.

Polski Przegląd Emigracyjny.

Der Leitartikel der zuletzt erschienenen Nummer ist der verstorbenen Dichterin Marya Konopnicka gewidmet. Daran reihen sich folgende Beiträge: „Die Aussichten für die Auswanderung unserer landwirtschaftlichen Arbeiter nach England", von Josef Okolowicz; „Die polnischen Arbeiter in der Schweiz"; „Die Grunwaldfeier in Parana"; „Eine höhere polnische Schule in Amerika"; „Die Tätigkeit der amtlichen Arbeitsvermittlungsämter in Galizien"; „Brief aus Argentinien", von Dr. Gustav Jasinski"; „Nachrichten aus Amerika", von H. Januszewski; „Allerlei"; „Die landwirtschaftlichen Gauverbände"; „Die polnische Marine" und „Aus dem Lande und aus der Welt".

Aus Nr. 43 der Polnischen Post (Wien) vom 26. Oktober 1910:

Dr. Kramarsch „Irrstein".

(Von besonderer böhmischer Seite.)

Die böhmische Volkssage erzählt von einem „Irrstein", von dem man nie wisse, wo er sich just befinde, da er unausgesetzt wandere. Wehe aber, wer darauf tritt! Der irrt zeitlebens umher, kommt immer vom Wege und erreicht nie sein Ziel. Ob ein solcher „Irrstein" existiert, ist allerdings zweifelhaft; aber daß Dr. Kramarsch daraufgetreten ist, das erscheint sicher. Könnte er sich sonst in lauter Fehltritten fortbewegen? Es ist eigentlich schade um diesen Mann. Was vermöchte er Gutes zu stiften, wenn er sich nicht der Politik gewidmet hätte, für die man geboren sein muß, da man sie ebensowenig erlernen kann, wie etwa die Kunst. Aber Dr. Kramarsch ist das Opfer seines — Geburtsortes. Er stammt nämlich aus dem Städtchen Semil, wo auch die Wiege Riegers stand. Wenn der Müllersohn Rieger aus Semil, Führer der Nation werden konnte, warum wäre das gleiche nicht auch bei dem Fabrikantensohn Kramarsch aus Semil möglich? Und also erschien Dr. Kramarsch wenigstens topographisch zum Standespolitiker prädestiniert und danach wurde auch seine Erziehung eingerichtet. Er studierte böhmisch, ging dann nach Deutschland und besuchte darauf eine französische Hochschule, machte den Doktor, befaßte sich viel mit Volkswirtschaft, lernte Sprachen und meinte nunmehr genügend für die Mission vorbereitet zu sein, zu der er sich seinem Heimatsorte nach berufen wähnte. Er hatte auch ein ziemlich günstiges Entree. Die alttschechische Partei hatte ihr heroisches Zeitalter hinter sich, die jungtschechische befand sich noch in den jugendlichen Brausejahren. Es war also Raum für maßvolle Parteibildungen. Als Proponent einer solchen trat zunächst Dr. Masaryk hervor, ein gewesener Schlossergehilfe, der in vorgerückten Jahren den Drang nach Bildung in sich verspürte, das Versäumte durch eifriges Studium nachholte, sich in Wien habilitierte und sodann an die neue böhmische Universität nach Prag transferieren ließ, woselbst er zunächst durch die Anteilnahme an dem Kampfe gegen die alten böhmischen Handschriften große Aufmerksamkeit erregte. Masaryk gründete die „Realistenpartei" und als ihr Organ ein Wochenblatt Cas, das wagemutig eine gründliche Demolierungsarbeit begann. Dr. Masaryk schloß sich Dr. Kaizl an, der bei den Alttschechen keine rechte Zukunft mehr hatte, und als Dritter im Bunde kam Kramarsch dazu, der eine Partei suchte, die er führen könnte. Das Dreigespann blieb nicht lange beisammen. Die Realisten schlossen mit den Jungtschechen einen Mandatspakt, doch mußte Masaryk zuerst auf die erlangte Reichsratswürde verzichten. Kaizl und Kramarsch aber erwiesen zureichend Beharrungsvermögen und verblieben im jungtschechischen Lager. Kaizl wurde Minister und starb vorzeitig. Nun erst konnte sich Kramarsch als „Führer der Nation" etablieren. Der hohle Familientraum war zur greifbaren Wahrheit geworden. Aber nun erst zeigte es sich, daß ein „gelernter Politiker" nicht einen „geborenen Politiker" zu ersetzen vermag. Und Dr. Kramarsch war bloß das erstere. Er heimste darum Mißerfolg über Mißerfolg ein und verschuldete zunächst den unglaublichen Niedergang seiner Partei, der so weit reicht, daß Kramarsch selbst in seiner Heimat nur noch in engerer Wahl mit Hilfe seiner sozialdemokratischen Fabrikarbeiter ein Reichsratsmandat zu erreichen vermochte. Aber je schwerer die Niederlagen Kramarsch wurden, desto mehr steigerte sich seine Empfindlichkeit, desto trotziger wurde bei ihm der Glaube an sich selbst. Um den Widerspruch niederzuhalten, gründete er devote Blätter oder kaufte die ihm nicht sonderlich geneigten an, wie er es mit den Narodni listy getan. Für die Einbußen in der inneren und der Heimatspolitik suchte er sich aber durch seine neuslawischen Exkursionen zu entschädigen, die ihm durch seine russische Schwägerschaft und seinen Sommeraufenthalt in der Krim erleichtert wurden. Aber nun glich Dr. Kramarsch dem Manne, der tagsüber zum Fenster hinauslehnte, damit ihm ja nichts davon entgehe, was auf der Gasse vorging, der aber dabei nicht vernahm, wie man hinter seinem Rücken seine eigene Wohnung ausplünderte. Der Neoslawismus hat sich in der Form, in der er von Kramarsch propagiert wurde als Selbstmystifikation erwiesen. Die Tschechen, die mit keinem anderen slawischen Volke gegensätzlich zusammenstoßen, glauben dadurch zum Mittler und Schiedsrichter befähigt zu sein. Wenn aber Völker streiten, so sind gewöhnlich sehr profaische Bestrebungen und sehr materielle Bedürfnisse die Ursache dafür, die sich durch verwandtschaftliche Zärtlichkeiten nicht verdrängen lassen. Völker sind die Träger eines kondensierten Egoismus. Die löblichen

Vorsätze des Abgeordneten Dr. Kramarsch mußten sich darum als Schwärmerei erweisen und zu herben Enttäuschungen führen. Sie blieben auch nicht aus. Die Slawenkongresse versagten, die allslawischen Projekte traten aus dem Stadium der Vorbereitung heraus, und die ganze Brüderlichkeit verflatterte in eine falsche lyrische Backfischstimmung. Dr. Kramarsch hatte vermeint, mit der neoslawischen Glorie zugleich seinen abgeblaßten Heimatsruhm aufzufrischen. Aber wie in allem, ging er auch darin von irrtümlichen Voraussetzungen aus. Gerade das Fehlschlagen seiner Nordlandsfahrten und seiner Allslawenträume erschütterte seine Position im böhmischen Volke noch mehr, als es seine verfehlte Landes- und Reichspolitik getan.

Sehr drastisch zeigte sich das bei einem Debüt in der heurigen Delegation. Er war gewarnt worden, auf dem glatten Parkett der äußeren Politik nicht in „russischen Juchtenstiefeln" zu erscheinen. Aber eigensinnig, wie er einmal ist, schlug er die ernstgemeinten Mahnungen in den Wind und sprach — rhetorisch sicher einwandfrei — aber taktisch und sachlich in einer Art, wie es ein wirklicher Politiker, ein fischblütiger Staatsmann mit klarem Ausblicke nie und nimmer getan. Die Folgen stellten sich auch pünktlich ein. Dr. Kramarsch wurde nicht bloß von polnischer und südslawischer Seite desavouiert, er mußte es auch erleben, daß die Delegierten der böhmischen Agrar- und der katholisch-nationalen Partei von ihm abrückten. Daß aber das Stillschweigen des Del. Klofacsch nicht als Zustimmung gedeutet werden kann, das beweist die Medisance, mit der das Organ dieses „Volksmannes", Ceské slowo, den Echec Kramarsch quittiert. Die übrigen Blätter, soweit sie nicht unter seiner Botmäßigkeit stehen, weisen seine Politik gleichfalls mit sanfter oder auch derber Manier zurück. Selten ist ein „Führer der Nation" in seiner eigenen Nation so vereinsamt gewesen wie Dr. Kramarsch. Wird er endlich die richtige Konsequenz daraus ableiten? Wir bezweifeln es. Er kann das ja gar nicht, denn er ist doch auf den „Irrstein" getreten und ist nun verurteilt, zeitlebens fehl zu gehen und nie das Ziel zu erreichen.

Aus Nr. 240 des Dziennik Związkowy-Zgoda (Chicago) vom 14. Oktober 1910:

Die Hakatisten in Nöten.

Neben der amtlichen Ansiedelungskommission arbeitet im Posenschen an der Ansiedelung deutscher Kolonisten eine private Landbank, die sich eines besonderen Schutzes und Wohlwollens seitens der Ansiedelungskommission erfreut. Diese Landbank arbeitet eifrig und nach ihrer Meinung auch gewissenhaft an der Verbreitung des Deutschtums und zwar zur Zufriedenheit ihrer Aktionäre, bis auf einmal durch einen begangenen Fehler das Unglück über sie hereinbrach. Es begannen bei den Posener Gerichten zahlreiche Klagen der Ansiedler gegen die Bank wegen Entschädigung bzw. Reduzierung des Kaufpreises für ihre Besitzungen einzulaufen. Wie es sich nämlich herausstellte, entsprachen die von der Landbank den Ansiedlern verkauften Grundstücke nicht im geringsten den getroffenen Vereinbarungen. Bis jetzt haben die Ansiedler in dieser Angelegenheit 91 Prozesse angestrengt und es werden sicher noch mehrere folgen. Da nun die deutschen Rechtsanwälte, welche sich vor der Regierung fürchten, die Rechte der Ansiedler vor Gericht nicht vertreten wollen, so wenden sich die geschädigten, ohne sich dabei irgend welche Gewissenbisse zu machen, an die polnischen Verteidiger, die ihnen ihre Hilfe gern zur Verfügung stellen. Die Landbank hat mit Hilfe trügerischer Reklame und zahlreicher Versprechungen Ansiedler aus allen Weltgegenden, sogar aus dem fernen Rußland, nach der von ihr in Zabikowo bei Posen begründeten Kolonie herbeigelockt. Man verkaufte diesen Leuten einen sandigen und unfruchtbaren Boden, den Morgen mit 1500 Mark, mit zum Teil einstürzenden Gebäuden und verschwieg ihnen dabei, daß auf diesem Boden ein Privileg der Gemeinde und der Fabrikbesitzer lastet, auf Grund dessen diese im Bedarfsfalle die Ländereien, für je 300 Mark pro Morgen im Wege der Zwangsversteigerung wieder zurückgewinnen können. Außerdem versprach man den Ansiedlern entweder unentgeltlich, oder auch nur zu sehr kleinen Preisen, die Aussaat für das Getreide, den Dünger und zahlreiche Obstbäume zu liefern. Wie es sich aber später herausstellte, wollte oder konnte die Bank ihr Versprechen nicht halten.

Es ist daher kein Wunder, daß unter diesen Beschützern des Deutschtums, denen weniger am Schutze des Vaterlandes, als vielmehr an einem guten Geschäft gelegen war, eine Panik entstand. Die getäuschten Ansiedler verwünschten die Landbank und die mit ihr in Verbindung stehenden staatlichen Behörden und begannen sich in ihrem Zorn mit den Polen zu verbrüdern. Nicht lange mehr, so werden sie den polnischen Vereinen beitreten und ihren Kindern polnischen Unterricht erteilen. Mit einem Wort gesagt, das Unglück ist da.

Die Ansiedelungskommission hat sich nun bereitwilligst erklärt, die Ursachen dieser mißlichen Verhältnisse aufzuklären und die entstandenen Schäden evtl. aus amtlichen Fonds zu decken. Die verbissenen Ansiedler wollen jedoch jeden bei ihnen vorsprechenden Beamten mit Knütteln von ihrem Grund und Boden jagen und sich nur einzig und allein dem Urteil des Gerichts fügen.

An der Spitze der unzufriedenen Ansiedler steht ein gewisser Linnenkohl, der der Landbank den Namen einer unter dem Schutze der Regierung stehenden Schachergesellschaft gab. Linnenkohl wurde von der Direktion der Bank zu einer Konferenz geladen. Aber auch hier konnte er seine Zunge nicht im Zaume halten und begrüßte den Direktor der Bank mit den Worten: Betrüger und Spitzbube. Wegen Beleidigung des Herrn Direktors wurde Linnenkohl vor das Gericht gestellt und hier erst kamen alle Klagen der betrogenen Ansiedler ans Tageslicht. Es stellte sich heraus, daß beinahe 100 Klagen gegen die Bank beim Gericht lagern und früher oder später von den Richtern entschieden werden müssen.

Es kommt also zu einem großen Skandal, wenn es den Bemühungen der Ansiedlungskommission nicht gelingen sollte, die Ansiedler durch namhafte Beträge zu entschädigen. Aber auch das, was bis jetzt schon in die Öffentlichkeit durchgesickert ist, wird genügen, um alle vorsichtigen und sparsamen deutschen Bauern, die nicht aus Patriotismus, sondern lediglich in der Hoffnung, recht viel Geld zu verdienen, nach dem Posenschen fahren, von ihrem Vorhaben abzuschrecken. Da das gewöhnliche Volk ein Institut von dem andern nicht besonders zu unterscheiden vermag, so wird für die Sünden der Landbank auch die „Ehre" der Ansiedelungskommission in Mitleidenschaft gezogen. Und schließlich ist auch bei dieser Kommission nicht alles Gold, was glänzt. Auch dort wird man sicherlich schon manch einem Bauern minderwertigen Boden für gutes Geld verkauft haben, nur hat sich bis jetzt noch keiner von den Käufern gefunden, der es wagte, der Regierung im Prozeßwege entgegenzutreten.

Es ist eine alte und bekannte Tatsache, daß, sobald jemand nach dem irrigen Grundsatz: Der Zweck heiligt das Mittel — verfährt, früher oder später in den Schmutz gerät, aus dem es ihm dann nicht leicht sein dürfte, wieder herauszukommen. Für einen bestimmten Teil der deutschen Patrioten mag ja die Besiedelung der polnischen Landstriche durch deutsche Kolonisten einen ganz guten Zweck haben. Andererseits gibt es aber sehr viele ehrbare deutsche Patrioten, die für diesen Zweck nicht einen Pfennig ausgeben würden. Ein überaus verwerfliches Mittel ist aber — auch vom preußischen Standpunkte aus gesehen — die Unterstützung der Ansiedelungstätigkeit durch Staatsgelder, welche durch Abgaben des ganzen Volkes aufgebracht werden müssen. Ein weiteres, gleichfalls verwerfliches Mittel ist die staatliche Unterstützung der Privatbanken, die à conto des preußischen Patriotismus Geschäfte machen wollen. Gerade für diese Mittel hat die preußische Regierung bereits verschiedene Male büßen müssen und wird dafür auch noch später büßen.

Wie anders dagegen stellt sich der polnische Schutz der väterlichen Scholle dar! Die Bank Ziemski in Posen arbeitet seit ungefähr 20 Jahren mit verhältnismäßig geringem Kapital. Es ist aber bisher noch kein Fall vorgekommen, daß sich jemand beklagt hätte, man hätte ihn geschädigt, betrogen oder nicht gut genug bedient. Weder die polnische Gesamtheit, noch irgend eine Organisation kümmert sich um das Wohl und Wehe der Bank. Die Bank steht aber vollkommen auf dem Boden einer reellen Geschäftsführung, die nach kaufmännischen Grundsätzen durchgeführt, für das Wohl ihrer Aktionäre sorgt und gleichzeitig dabei einen wichtigen nationalen Dienst versieht. Hier dienen gute Mittel tatsächlich einem guten Zweck, und das Resultat ist die Zufriedenheit aller daran beteiligten Kreise; hierunter auch diejenigen Deutschen mit eingerechnet, welche von Zeit zu Zeit ihre Güter an die polnische Bank verkaufen.

Wir bedauern, daß uns der letzte Jahresbericht über die Tätigkeit der Bank Ziemski in Posen z. Z. nicht vorliegt. Doch wissen wir aus den bereits vorher erschienenen Berichten, daß die Bank im Vergleich zur Ansiedelungskommission direkt wunderbar wirkte. Eine Million Mark in den Händen der Polen arbeitet besser als 10 Millionen Mark in deutschen Händen.

Es werden sehr interessante Gerichtsverhandlungen sein, über die uns, aus den beinahe 100 gegen die Landbank schwebenden Prozessen, durch die europäische Presse Bericht erstattet wird. Wir können mit allen den Leuten, welche sich durch die Lockungen der Landbank hinreißen ließen, ihren väterlichen Boden zu verlassen und nach den polnischen Gegenden zu ziehen, um hier Kapital zu schlagen und unseren Feind zu stärken, nicht sympathisieren. Doch noch viel weniger sympathisch stehen wir dieser Landbank gegenüber, die diese Leute hierhergelockt und betrogen hat. Nehmen wir also das kleinere von beiden Übeln und wünschen wir all den deutschen Opfern des preußischen Hakatismus, daß sie ihre Prozesse gegen die Landbank gewinnen und eine Entschädigung erhalten möchten, oder, was noch besser wäre, daß sie alle von den Kaufverhandlungen wieder zurücktreten und, nachdem sie ihr Geld zurückerhalten haben, wieder in ihre heimatlichen Gegenden zurückkehren können.

Merzbach'sche Buchdruckerei, Posen.